

Krickhahn, Thomas

**Working Paper**

## Lobbyismus und Mittelstand: Zur Identifikation der Interessenverbände des Mittelstands in der Bundesrepublik Deutschland

FFB Diskussionspapier, No. 7

**Provided in Cooperation with:**

Research Institute on Professions (FFB), Leuphana University Lüneburg

*Suggested Citation:* Krickhahn, Thomas (1993) : Lobbyismus und Mittelstand: Zur Identifikation der Interessenverbände des Mittelstands in der Bundesrepublik Deutschland, FFB Diskussionspapier, No. 7, Universität Lüneburg, Forschungsinstitut Freie Berufe (FFB), Lüneburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/67450>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# FFB

Forschungsinstitut  
Freie Berufe

## **Lobbyismus und Mittelstand: Zur Identifikation der Interessenverbände des Mittelstands in der Bundesrepublik Deutschland**

**Thomas Krickhahn**

FFB Diskussionspapier Nr. 7  
September 1993



**Fakultät II - Wirtschaft und Gesellschaft**

Postanschrift:  
Forschungsinstitut Freie Berufe  
Postfach 2440  
21314 Lüneburg

[ffb@uni-lueneburg.de](mailto:ffb@uni-lueneburg.de)  
<http://ffb.uni-lueneburg.de>  
Tel: +49 4131 677-2051  
Fax: +49 4131 677-2059

**Lobbyismus und Mittelstand:  
Zur Identifikation der Interessenverbände des Mittelstands  
in der Bundesrepublik Deutschland**

**Thomas Krickhahn\***

Diskussionspapier Nr. 7

September 1993

ISSN 0942-2595

\*Dipl.-Soz.Ök. Thomas Krickhahn, Universität Lüneburg, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Forschungsinstitut Freie Berufe, Professur 'Statistik und Freie Berufe', Scharnhorststr. 1, 21335 Lüneburg

**Lobbyismus und Mittelstand:  
Zur Identifikation der Interessenverbände des Mittelstands  
in der Bundesrepublik Deutschland**

**Thomas Krickhahn**

FFB-Diskussionspapier Nr. 7, September 1993, ISSN 0942-2595

**Summary**

This paper deals with the organisation of the interests of the small business sector in the political system of the Federal Republic of Germany. 'Freie Berufe' are regarded as an integral part of this sector. Starting from the hypothesis that these interests are not represented appropriately in the interest organisation system on the national political level it is the goal of this paper to show a way to realize an empirical test. In order to reach this goal it was referred to the policy network concept as an appropriate empirical analytical tool. Starting from a suitable data set containing interest organizations which try to influence the political system on a national level, the reputational approach was used to identify the whole system of the influential interest organisations in this sphere. The empirical small business influence network gained by that method contains 49 interest organisations. Yet the organisational system found is of extreme heterogeneity. According to the influence reputation between the organisations many differences were discovered. They differ furthermore in a number of certain aspects like size of the membership, organisational structure or organisational environment. Taken the empirical results into account one is forced to reject the hypothesis of the underrepresentation of small business interests in the political system at the national level in Germany. But there was found not one organisational vote but a whole network of organisations with different goals, structures and relationships to each other.

**JEL:** M13, M31, J20, J23

**Keywords:** *lobbying, middle class, liberal professions, political system*

**Zusammenfassung**

In diesem Arbeitspapier geht es um die Interessenorganisation des wirtschaftlichen Mittelstands im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Die Freien Berufe werden dabei als integraler Bestandteil des wirtschaftlichen Mittelstands angesehen. Ausgehend von der Hypothese, daß die diese Interessen im Vergleich zu anderen Interessengruppen nicht angemessen im Interessenverbandssystem auf Bundesebene repräsentiert sind, ist es das Ziel dieser Arbeit eine Möglichkeit für einen empirischen Test hierfür aufzuzeigen. Um dieses Ziel zu erreichen wurde das Konzept politischer Netzwerke als empirisches Analyseinstrument herangezogen. Ausgehend von einem geeigneten Datensatz welcher Verbände enthält, die auf Bundesebene Einfluß auf das politische System ausüben wollen, wurde ein Reputationsverfahren eingesetzt, um möglichst das gesamte System der auf diesem Politikfeld wirksamen Verbände zu identifizieren. Das auf diese Weise identifizierte mittelständische Einflußnetzwerk enthält 49 Interessenverbände. Jedoch ist dieses Netzwerk äußerst heterogen. Die Interessenverbände unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer Einflußreputation, sondern auch in einer Anzahl weiterer Merkmale, wie z.B. in der Anzahl der Mitglieder, der Organisationsstruktur oder ihrer Organisationsumwelt. Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse muß die Behauptung von der Unterrepräsentanz des wirtschaftlichen Mittelstands im Verbändesystem der Bundesrepublik zurückgewiesen werden. Festgestellt werden konnte weiterhin, daß es sich dabei nicht um einheitliche, sondern um ein ganzes Netzwerk von Organisationen mit unterschiedlichen Zielen, Strukturen und gegenseitigen Beziehungen handelt.

**JEL:** M13, M31, J20, J23

**Schlagwörter:** *Lobbyismus, Mittelstand, Freie Berufe, politisches System*

## **Lobbyismus und Mittelstand:**

### **Zur Identifikation der Interessenverbände des Mittelstands in der Bundesrepublik Deutschland**

Thomas Krickhahn

1	Problemstellung	1
2	Zum Mittelstandsbegriff als Basis zur Identifizierung mittelständischer Interessenverbände	4
3	Verbände: Definition und Abgrenzung	6
4	Zur Erhebungsproblematik der Verbände in der Bundesrepublik	8
5	Allgemeine Rahmendaten zur Verbändelandschaft in der Bundesrepublik Deutschland	9
6	Zentrale Datenquellen zum Verbändesystem in der Bundesrepublik	11
7	Die 'Lobby-Listen' des Deutschen Bundestages als Datenbasis zur Identifikation der mittelständischen Interessenverbände	15
8	Die mehrdimensionale Erfassung und Systematisierung der Interessenverbände in der 'Lobby-Liste'	17
9	Die Mittelstandsverbände in der Lobby-Liste des Deutschen Bundestages mehrdimensional klassifiziert: Grenzen und Möglichkeiten	20
10	Der Reputationsansatz und das Konzept der politischen Netzwerke als alternative Verfahren zur Erfassung und Analyse des mittelständischen Verbändesystems	22
11	Das mittelstandsrelevante Interessenorganisationssystem: Erste Ergebnisse einer empirischen Studie für die Bundesrepublik Deutschland	24
12	Fazit	32
	Literaturverzeichnis	35



## **Lobbyismus und Mittelstand:**

### **Zur Identifikation der Interessenverbände des Mittelstands in der Bundesrepublik**

**Thomas Krickhahn**

#### **1 Problemstellung**

Dem Mittelstand, darunter soll im folgenden ausschließlich der wirtschaftliche Mittelstand verstanden werden, ist im Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Rolle einzuräumen. Über 99 Prozent der Unternehmen haben weniger als 500 Beschäftigte. Mit 13 Millionen Beschäftigten stellen die kleinen und mittleren Unternehmen mehr als 60 Prozent der Arbeitsplätze und mit 1,4 Millionen Auszubildenden etwa 80 Prozent aller Ausbildungsplätze bereit (Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU-) Jahresbericht '92). Den ca. 2,5 Millionen mittelständischen Unternehmen stehen rund 4.000 Großunternehmen gegenüber (Bund der Selbständigen (BDS-) Jahrbuch 1991/92). Die Bedeutung des wirtschaftlichen Mittelstands wird mit der Expansion des Dienstleistungssektors wahrscheinlich noch zunehmen. Er spielt auch eine wichtige Rolle beim wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern.

Der Bedeutung des wirtschaftlichen Mittelstands wird auch im politischen System Rechnung getragen. In der Wirtschaftspolitik ist die Mittelstandspolitik zu einem festen Bestandteil geworden. Die Mittelstandspolitik war ursprünglich insbesondere auf Mittelstandsschutz bzw. die Erhaltung des absoluten oder relativen Bestandes der mittelständischen Unternehmen bedacht. Diese Vorgehensweise wurde abgelöst durch eine betriebsgrößenorientierte Strukturpolitik, die in erster Linie nicht mehr auf Bestandserhalt per se abzielte, sondern auf Startgleichheit von mittelständischen Unternehmen gegenüber der Großindustrie (vgl. Frechen, 1972). Heute geht es vorrangig um eine beschäftigungsorientierte Strukturpolitik, deren Ziele auch über eine allgemeine Wettbewerbssteigerung bzw. -fähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen erreicht werden sollen (vgl. Schmidt, 1988). Diesem Ziel dienen insbesondere

auch die Fördermaßnahmen des Bundes für den Mittelstand. Es geht hier ebenfalls darum, größenbedingte Nachteile der Unternehmen auszugleichen. Konkrete Förderprogramme sind z.B. das ERP-Existenzgründungsprogramm (ERP: European Recovery Program), das Eigenkapitalhilfeprogramm der Bundesregierung oder das Mittelstandsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Abgesehen von den explizit mittelstandspolitischen Maßnahmen wirken sich jedoch eine Vielzahl staatlicher Entscheidungen und wirtschaftspolitischer Regelungen erheblich auf die ökonomischen Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Mittelstands aus. In diesem Zusammenhang kommt es für den wirtschaftlichen Mittelstand zur Wahrung seiner Interessen daher darauf an, möglichst effektive und effiziente Wege der Einflußnahme auf das politisch-administrative System in der Bundesrepublik zu finden.

Die organisierte Interessenvertretung durch Verbände ist in dem politischen System der Bundesrepublik von erheblicher Bedeutung. Seit geraumer Zeit ist die Macht der Verbände Gegenstand öffentlicher Diskussion. Auch in der sozialwissenschaftlichen Diskussion hat diese Auseinandersetzung ihren Niederschlag gefunden. Schon früh wurde die 'Herrschaft der Verbände' in der noch jungen Bundesrepublik proklamiert (Eschenburg, 1956). Über Kontakte, Eingaben, Stellungnahmen, personelle Verflechtungen, Spenden, Presseaktionen, Veröffentlichungen und Organisation von bzw. Aufruf zu Demonstrationen ihrer Mitglieder versuchen die Verbände Einfluß auf die öffentliche Meinung, die politischen Parteien, die Ministerial-Bürokratie, den Bundestag und die Bundesregierung auszuüben.

In jüngeren theoretischen Perspektiven, wie z.B. der Tauschtheorie (M. Groser, 1979), Systemtheorie (G. Teubner, 1978) oder Neokorporatismusansätzen (U.v. Alemann, 1981a), wird zwischen Verbänden und staatlichen Institutionen eher ein Wechselverhältnis als eine einseitige Dominanz- oder Konkurrenzsituation gesehen. Verbände übernehmen öffentliche Funktionen und erbringen wichtige Leistungen gegenüber ihren Mitgliedern. Verbände stehen in einem Austauschverhältnis gegenüber ihren Mitgliedern wie auch gegenüber anderen gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen. Verbände schieben sich sozusagen als intermediäre Instanzen zwischen Individuen und den Staat. Einerseits artikulieren, aggregieren und vertreten sie die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber dem politischen System und andererseits übernehmen sie wichtige Steuerungsfunktionen für den Staat, in dem sie z.B. ihre Mitglieder auf bestimmte Verhaltensweisen verpflichten und kontrollieren. Neben der Interessenvertretung und Steuerungsleistungen erbringen sie insbesondere Informationsdienste sowohl gegenüber staatlichen Institutionen und Organisationen als auch gegenüber ihren Mitgliedern. Dabei stehen sie auch in einem Austauschverhältnis mit anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen oder Einrichtungen.

Die Situation der Interessenvertretung des wirtschaftlichen Mittelstands im politischen System Deutschlands wird allerdings unterschiedlich bewertet. Beispielsweise kommt Müller-Rommel (1988) zu dem Schluß, daß es keine andere wirtschaftliche Gruppierung gibt, die besser als



der gewerbliche Mittelstand im Deutschen Bundestag präsent ist. Die organisierte Interessenvertretung und den politischen Einfluß des wirtschaftlichen Mittelstands durch Verbände betreffend sind jedoch häufig Aussagen wie die folgende anzutreffen:

'Während andere Gruppen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sich in Verbänden und Gremien zusammenschließen, sich artikulieren und auf die politische Willensbildung Einfluß nehmen, ist der bedeutendste Wirtschaftsfaktor, der Mittelstand, ohne nennenswerten Einfluß auf die Politikgestaltung' (Doss 1985, S. 113).

Umfrageergebnisse von mittelständischen Unternehmern unterstützen diese These. Der Mittelstand sieht sich politisch überhaupt nicht ausreichend vertreten (Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU 1990). Angesichts der Bedeutung des wirtschaftlichen Mittelstands besteht allerdings in der verbandswissenschaftlichen Forschung ein deutliches Defizit was die Bearbeitung dieses Problems betrifft. Die bestehenden seltenen Forschungsarbeiten konzentrieren sich zudem auf Einzeldarstellungen von Organisationen (z.B. Konrad, 1990<sup>1</sup>). Eine Studie, die sich dem Verbändesystem des wirtschaftlichen Mittelstands in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt zuwendet, gibt es bisher noch nicht.

Angesichts der Bedeutung, die der organisierten Interessenvertretung in dem pluralistischen demokratischen politischen System der Bundesrepublik beigemessen werden kann, fehlt eine theoretische wie empirische Überprüfung der These von der mangelnden Repräsentanz mittelständischer Interessen im Verbändesystem der Bundesrepublik Deutschland im Zusammenhang einer Verbändestudie. Dieser Aufgabe sollte deshalb im Rahmen der hier zugrunde liegenden Verbändestudie nachgegangen werden. Zentral ist dabei die Identifizierung der Verbände, die sich der Interessenvertretung des wirtschaftlichen Mittelstands explizit widmen. Von Bedeutung ist insbesondere die Beantwortung folgender Fragestellungen:

- Welche und wieviele Verbände sind überhaupt mittelstandspolitisch tätig?
- Gibt es eine einheitliche überregionale und mittelstandsübergreifende organisierte Interessenvertretung?
- Welches Gewicht haben diese Verbände vergleichsweise zu den anderen Verbänden und Vereinigungen, die Einfluß auf die politischen Prozesse in bezug auf den wirtschaftlichen Mittelstand in der Bundesrepublik nehmen?

Zur Beantwortung dieser Fragen wird zunächst der Untersuchungsgegenstand der organisierten Interessenvertretung des wirtschaftlichen Mittelstands durch Verbände einer begrifflichen Abgrenzung unterzogen werden. Anschließend wird das Problem, eine geeignete Informationsbasis für die Identifikation der Mittelstandsverbände heranzuziehen, behandelt. Sodann wird das Verfahren zur Erfassung und Analyse des betreffenden Verbändesystems im Zusammenhang mit dieser Studie vorgestellt. Vorwegnehmend sei schon hier bemerkt, daß zur

---

<sup>1</sup> Hierbei handelt sich zudem um die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer politischen Partei im allgemeinen nicht zu den Interessenverbänden gerechnet wird.

Erfassung der Verbände ein Schneeballverfahren in Verbindung mit reputationstechnischen Fragen verwendet und als geeignetes Analyseverfahren der mittelständischen Verbändelandschaft erstmals das Konzept der sozialen Netzwerkanalyse eingesetzt wurde. Schließlich wird als Ergebnis das auf diese Weise ermittelte mittelständische Verbandssystem vorgestellt.

## **2 Zum Mittelstandsbegriff als Basis zur Identifizierung mittelständischer Interessenverbände**

Die Identifikation der Interessenverbände des wirtschaftlichen Mittelstands hängt wesentlich von dem zugrundegelegten Mittelstandsbegriff ab. Fraglich ist jedoch, auf welche Mittelstandsdefinition dabei zurückgegriffen werden soll. Wie erwähnt, soll es sich beim Mittelstand um den wirtschaftlichen Mittelstand handeln. Nun gibt es aber in der wirtschaftspolitischen und sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Mittelstand ein reichhaltiges Angebot von teilweise sehr unterschiedlichen Vorstellungen zu diesem Begriff. Die Situation läßt sich treffend etwa wie folgt schildern: 'In der Wirtschaftspolitik gibt es kaum einen Begriff, der so vielfältig schillert, unbestimmt ist und nach Belieben inhaltlich gefüllt wird wie der Begriff 'Mittelstand' (Gellner, 1968, S. 37). Wenn unbestimmt ist, was bzw. wer unter den Begriff des Mittelstandes fällt, wie sollen dann aber die Interessen und die darauf bezogenen Interessenverbände eindeutig bestimmt werden?

In Abgrenzung vom historischen Mittelstandsbegriff, der die wohlhabenden bildungsbürgerlichen Schichten zwischen Adel und der Masse niederen Standes bezeichnete und dem sogenannten neuen Mittelstand, der sich auf die ökonomisch unselbständigen Angestellten und Beamten bezieht, lehnt sich der Begriff des wirtschaftlichen Mittelstands an den als alten Mittelstand bezeichneten Gegenstandsbereich an. Darunter wurden ursprünglich die selbständigen Gewerbetreibenden des Einzelhandels, der Bauern und des Handwerks bezeichnet (vgl. Ullmann, 1988). Doch nicht nur die Gewerbetreibenden aus diesen Wirtschaftsbereichen werden heute im allgemeinen dem wirtschaftlichen Mittelstand zugeordnet, sondern alle kleinen und mittleren Unternehmen sowie freiberuflich Tätige.

Auch wenn der Begriff wirtschaftlicher Mittelstand auf kleine und mittlere Unternehmen und Freie Berufe eingeschränkt wird, ändert sich die Problematik der begrifflichen Abgrenzung nicht wesentlich. In der fachspezifischen Literatur lassen sich weder für den Begriff des kleinen und mittleren Unternehmens noch für den der Freien Berufe einheitliche und unumstrittene Verwendungsformen finden. Rund 200 unterschiedliche Begriffsdefinitionen wurden z.B. allein hinsichtlich dessen, was ein mittelständisches Unternehmen ist, vorgefunden (vgl. Gantzel, 1962).

Eingangs wurde willkürlich das Kriterium der Beschäftigtenzahl von maximal 500 Personen pro Unternehmen als Definitionsgrundlage für den wirtschaftlichen Mittelstand verwendet. Eine

derartige forschungspragmatische Festlegung des Mittelstandsbegriffs ist zur Identifizierung von Mittelstandsverbänden für die Zwecke dieser Untersuchung jedoch ungeeignet. Wenn danach etwa nur Verbände, deren Unternehmensmitglieder nicht mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigen, erfaßt werden, dürfte das Ergebnis kaum von Belang für die tatsächlichen Verhältnisse hinsichtlich der an der Mittelstandspolitik beteiligten Interessenorganisationen sein, weil sich auch mittelstandsausgerichtete Verbände vermutlich an derartigen Margen kaum orientieren.

Der pragmatische Rückgriff auf eine einfache Definition hat den Nachteil, daß diese einen mehr oder weniger großen Teil des mittelständischen Bereichs ausblendet oder nur sehr ungenau erfaßt. Beispielsweise ist die Beschränkung auf die Interessenorganisationen bestimmter besonders durch kleine Unternehmensgrößenklassen gekennzeichneter Wirtschaftsbereiche, wie etwa das Handwerk, die Landwirtschaft, den Einzelhandel und die Freien Berufe, problematisch. Zum einen, weil dadurch der Mittelstand in den anderen Bereichen ausgegrenzt wird, und zum anderen, weil auf diese Weise mittelstandsübergreifende Interessenverbände ebenfalls aus dem Blick geraten können. Es sollen aber ja gerade jene Verbände in Betracht kommen, die sich der mittelständischen Interessenvertretung programmatisch wie inhaltlich ausdrücklich verpflichtet haben, und zwar überregional wie auch branchen- und mittelstandsübergreifend.

Differenziertere Mittelstandsdefinitionen, die sowohl qualitative als auch quantitative Merkmale berücksichtigen, können auch keine Abhilfe leisten, denn je detaillierter und umfangreicher die verwendeten Definitionen sind, desto größer werden die damit verbundenen Abgrenzungsprobleme sein. So fehlt selbst für die Unterscheidung kleiner und mittlerer Unternehmen von Großbetrieben anhand der Anzahl der Unternehmensbeschäftigten eine auch nur annähernd befriedigende theoretische Begründung (Naujoks, 1975). Wird z.B. der Umsatz als weiteres Definitionsmerkmal verwendet, dann ist etwa fraglich, in welcher Branche und Region welche Umsatzhöhen für die Identifizierung als mittelständisches Unternehmen gelten sollen oder wie die Preisentwicklung bei der Klassifizierung zu berücksichtigen ist. Auf eine begriffliche Präzisierung des wirtschaftlichen Mittelstands zur Identifikation der Verbände soll deshalb für die Zwecke dieser Untersuchung verzichtet werden. Vielmehr soll es eine empirische Frage sein, welche Verbände sich als mittelständische Interessenvertretung einstufen bzw. als solche von 'Insidern' eingestuft werden. Die ermittelten Verbände können dann vor dem Hintergrund unterschiedlicher Mittelstandsdefinitionen nachträglich betrachtet und analysiert werden.

### **3            Verbände: Definition und Abgrenzung**

Wenn die Verbände des wirtschaftlichen Mittelstands als Untersuchungseinheiten für eine entsprechende Verbändestudie identifiziert werden sollen, stellt sich auch die Frage, was

Verbände kennzeichnet. Was also hebt sie von anderen Organisationen ab oder welche Organisationsformen sollen noch als Verbände bezeichnet werden?

Von einer eindeutigen Begriffsbestimmung oder einem einheitlichen Gebrauch des Verbandsbegriffs ist auch die heutige Verbandsforschung noch weit entfernt (vgl. Blümle, Schwartz, 1985). Schon die Selbstbezeichnungen von Verbänden weichen erheblich voneinander ab. Ihr Name beginnt z.B. mit Bezeichnungen wie Verein, Vereinigung, Rat, Kreis, Klub, Bund, Kuratorium, Block, Aktion, Ring, Arbeitsgemeinschaft, Gesellschaft, Tag, Institut, Zentrale, Forum, Union, Ausschuß usw. (vgl. z.B. Hoppenstedt & Co., 1992). Ihnen gemeinsam ist jedoch der Hauptzweck ihres Bestandes, der darin besteht, Einfluß auf für ihre Mitglieder jeweils relevante politische Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse zu nehmen.

Zwischenbetriebliche Kooperationen von Unternehmen und ähnliche Betriebsverbände oder Genossenschaften und Kartelle werden somit nicht als Verbände angesehen, weil bei ihnen nicht die wirtschaftspolitische Interessenvertretung gegenüber dem politischen System, sondern betriebswirtschaftliche Aspekte im ökonomischen System im Vordergrund stehen. Geselligkeitsvereine sollen ebenso nicht als Verbände betrachtet werden, da auch sie sich nicht primär an das politische System zur Durchsetzung der Interessen ihrer Mitglieder wenden.

Kammern und Parteien sind dagegen im politisch-administrativen System der Bundesrepublik Deutschland verwurzelt. Parteien sollen in erster Linie wegen ihrer Sonderstellung nach Art. 21 GG und ihrer besonderen Rolle in Bezug auf Exekutive und Legislative nicht als Verbände bezeichnet werden. Auch Kammern als öffentlich-rechtliche Körperschaften sind nicht unabhängig vom Staat und seinen Regulierungen. Sie übernehmen hoheitliche Aufgaben und Funktionen, die nicht auf den wirtschaftlichen Mittelstand abgestimmt sein müssen. Eine ausschließlich für den wirtschaftlichen Mittelstand ausgerichtete Interessenvertretung ist ihnen sogar gesetzlich, z.B. nach § 1 im Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (vom 18.12.1956, BGBl. I, 920), verboten. Danach sollen die Interessen möglichst aller Mitglieder, und zwar unabhängig von der Unternehmensgröße, vertreten und dabei abwägend und ausgleichend gewirkt werden.

Soziale Bewegungen und Bürgerinitiativen u.ä. Formen der Interessenvertretung sollen hier ebenfalls außer Betracht bleiben, weil ihnen in der Regel Organisationsmerkmale, wie Dauerhaftigkeit und innere Verfaßtheit fehlen.

Die Unterscheidung solcher Bewegungen und Organisationsformen von Verbänden täuschen jedoch die Möglichkeit eindeutiger Abgrenzungen nur vor. Mannigfaltige Überlappungen und Verflechtungen bei den Zielen und im Aufgaben- und Leistungsbereich zwischen den genannten Organisationsformen lassen sich finden. Beispielsweise können auch Geselligkeits- oder Sportvereine insbesondere über das soziale Netzwerk, in das sie in ihrer Gemeinde eingebunden sind, gezielten Einfluß auf politische Entscheidungen ausüben (vgl. Pappi, Kappelhoff, 1984).

Für Organisationsformen, die aus dem gesellschaftlichen Bereich heraus in erster Linie Interessenvertretung gegenüber dem politisch-administrativen System betreiben, haben sich im üblichen Sprachgebrauch verschiedene Bezeichnungen gebildet. Die Äußerungen 'Pressure-Group', 'Lobby', 'Interessengruppe', 'Interessenorganisation', 'Verband', 'Interessenverband' sind gängige Worte, die sich im allgemeinen auf den gleichen Sachverhalt beziehen (v. Beyme, 1980).

Während der Begriff 'Lobby' die Betonung auf die Aktivität der politischen Einflußnahme legt, wird mit dem Begriff 'Pressure-Group' eher die Art und Weise der Einflußnahme hervorgehoben (Schneider, 1979). Die Begriffe 'Interessengruppe', 'Interessenorganisation' und 'Verband' werden dagegen weiter gefaßt und überwiegend synonym benutzt (Breitling, 1960). Durchgesetzt hat sich schließlich in der deutschsprachigen Literatur der Ausdruck 'Verband'.

Für die hier verfolgten Ziele schien folgende Verbandsdefinition geeignet, danach ist ein Interessenverband 'ein freiwilliger oder durch verschiedene Formen des Zwanges erfolgter Zusammenschluß von natürlichen oder juristischen Personen, der zu einem Mindestmaß verfaßt ist, um die Interessen der Mitglieder entweder selbst zu verwirklichen oder durch Mitwirkung an oder Einwirkung auf Gemeinschaftsentscheidungen durchzusetzen, ohne selbst die Übernahme politischer Verantwortung (gleichviel auf welcher Ebene) anzustreben' (Sahner, 1988, S. 3/4).

Wenn nicht schon im vorhinein per Definition entschieden werden soll, was als mittelständischer Interessenverband zu gelten hat, sondern es vielmehr eine empirische Frage ist, welche Interessenorganisationen von *Insidern* als Mittelstandsverbände erkannt werden, dann ist es zweckmäßig, eine Verbandsdefinition als Interpretationsrahmen heranzuziehen, die auch genügend weit gefaßt ist, um die Verbändevielfalt noch einfangen zu können und gleichzeitig eine Abgrenzung gegenüber Unternehmen, Parteien oder Bürgerinitiativen u.ä. zuläßt. Diesem Zweck kann die von Sahner eingeführte Verbandsdefinition dienen.

#### **4 Zur Erhebungsproblematik der Verbände in der Bundesrepublik**

Die Voraussetzung für eine theoretisch empirisch ausgerichtete Analyse mittelständischer Interessenverbände ist ihre Erfassung. Bei dem Versuch, diese Verbände zu ermitteln, ergibt sich ein gravierendes Problem der empirischen Verbandsforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Es besteht darin, daß es bisher nicht gelungen ist, die Grundgesamtheit der Verbände in der Bundesrepublik vollständig zu erfassen. Die Situation läßt sich wie folgt skizzieren: 'Obwohl doch neben den Parteien kaum ein Gebiet der politischen Soziologie so intensiv 'beforscht' worden ist wie die organisierten Interessen, gibt es keine klaren Daten über die Gesamtzahl der Interessenorganisationen in der Bundesrepublik. Es existieren nur Schätzungen und Annäherungen' (Alemann, 1989, S. 59).

Da der Großteil der Verbände in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins geführt wird, kommen als wesentliche Datenquelle für eine umfassende Verbändeerfassung die Vereinsregister in Frage. Die informationelle Aufbereitung, systematische Auswertung und Nutzung von Vereinsregistern steckt, bis auf wenige Ansätze (z.B. von Raschke, 1978 und Kröll, 1987), jedoch noch in den Kinderschuhen. Vor dem Hintergrund, daß beispielsweise in einer Großstadt wie Frankfurt a. M. mehr als 2.600 Vereinigungen gezählt wurden (Raschke, 1978) wird verständlich, welcher Aufwand mit einer überregionalen Totalerhebung verbunden sein dürfte und warum diese bisher noch nicht realisiert worden ist.

Doch auch wenn die eingetragenen Vereine vollständig bei den Vereinsregistern informationell aufbereitet und einer Analyse zugänglich wären, ließen sich mit dieser Datenbasis bestenfalls nur approximative Angaben über die vorfindlichen Verbände machen. So kann beispielsweise nicht immer davon ausgegangen werden, daß die im Vereinsregister geführten Vereine tatsächlich noch sämtlich existieren. Vereinsauflösungen werden teilweise nur verzögert registriert, weil die Amtsgerichte in dieser Beziehung eher reaktiv arbeiten. So erfolgen Adressenaktualisierungen oder Streichungen von Vereinen aus den Vereinsregistern in der Regel nur auf Anregung bzw. Meldung durch die betreffenden Vereine selbst (vgl. Zimmer, 1992, S. 7). Somit bestehen keine genauen Informationen darüber, wieviele eingetragene Vereinigungen es in der Bundesrepublik Deutschland heute gibt.<sup>2</sup>

## 5 Allgemeine Rahmendaten zur Verbändelandschaft in der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik stellt sich auch ohne genaue Kenntnis über die tatsächliche Zahl der Interessenorganisationen als eine Republik der Vereine und Verbände dar. Es gebe hier ein 'Meer von Organisationen' (v. Alemann, 1989, S. 59). Sprichwörtlich wird von der deutschen Vereinsmeierei gesprochen. Ellwein (1973) nahm an, daß in der alten Bundesrepublik auf jeweils tausend Einwohner etwa drei bis vier Vereinigungen kamen. Das bedeutet eine Gesamtzahl von mehr als 200.000 Vereinigungen in den alten Bundesländern. Sahner zufolge handelt es sich dabei lediglich um eine nicht hinreichend fundierte Daumenregel. Er schätzt diese Zahl mit rund 300.000 Vereinen noch wesentlich höher ein (Sahner 1993).

Tabelle 1: Mitgliedschaft in Berufsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland 1991

Berufsorganisationen (Mehrfachnennungen möglich)	n	%

<sup>2</sup> Hinzu kommt, daß der Umbruchprozeß seit der deutschen Vereinigung auch in der Verbändelandschaft noch nicht abgeschlossen ist und sich erst heute die ersten Konturen der organisierten Interessenvertretung in den neuen Bundesländern zeigen (vgl. Eichner u.a., 1992).

Gewerkschaft im DGB	686	22,3
Deutsche Angestellten Gewerkschaft	72	2,3
Christlicher Gewerkschaftsbund	2	0,1
Union leitender Angestellten	3	0,1
Deutscher Beamtenbund	35	1,1
Bauernverband	22	0,7
Einzel-, Gewerbeverband	54	1,8
Unternehmerverband, BDI	10	0,3
Verband freier Berufe	25	0,8
Sonstiger Berufsverband	134	4,4
Keine Angabe	19	0,6
Keine Mitgliedschaft	2.011	65,5
Summen	3.073	<b>Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.<sup>1</sup></b> 00,0

Quelle: Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln: ALLBUS, Basisumfrage 1991 in Gesamtdeutschland; eigene Berechnungen

Genauere Daten zur Mitgliedschaft in Interessenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland gibt es bisher ebenfalls noch nicht. Der Basisumfrage von 1991 der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS 1991) für Gesamtdeutschland läßt sich entnehmen, daß über 30 Prozent der Personen über 18 Jahre in der heutigen Bundesrepublik Mitglied in einer Berufsorganisation sind (siehe Tabelle 1).<sup>3</sup> Das bedeutet angesichts von mehr als 60 Millionen Personen über 18 Jahre in Deutschland (Statistisches Bundesamt 1992) ein Mitgliedervolumen von rund 20 Millionen Mitgliedern in Berufsorganisationen. Zum Vergleich: In politischen Parteien sind bundesweit 3,4 Prozent, in Bürgerinitiativen 0,6 Prozent und in Sport- oder Gesangsvereinen rund 20 Prozent der Befragten 1991 Mitglied gewesen (AllBUS 1991, eigene Berechnung). Knapp 4 Prozent der Befragten gaben an, Mitglied im Bauernverband, in einem Gewerbeverband, Unternehmerverband oder in einem Berufsverband der freien Berufe zu sein (vgl. Tabelle 1).

<sup>3</sup> Die Allgemeinen Bevölkerungsumfragen (ALLBUS) sind repräsentative, auf Zufallsauswahl beruhende (ADM-Mastersample), regelmäßig wiederholte sozialwissenschaftliche Querschnitterhebungen über Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. Die Grundgesamtheit der Befragungspersonen für die ALLBUS-Basisumfrage 1991 umfaßte alle Personen deutscher Staatsangehörigkeit, die das 18. Lebensjahr vollendet hatten und in der Bundesrepublik Deutschland wohnen. Es handelt sich dabei um ein von Bund und Ländern finanziertes Projekt.

Den der ALLBUS-Daten folgend sind schätzungsweise 2,4 Mio Personen Mitglied in einer dieser Organisationen.<sup>4</sup>

Tabelle 2: Mitgliedschaft in Berufsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland 1991 jeweils nach alten und neuen Bundesländern

Berufsorganisationen (Mehrfachnennungen möglich)	West		Ost	
	n	%	n	%
Gewerkschaft im DGB	197	12,9	489	31,5
Deutsche Angestellten Gewerkschaft	34	2,2	38	2,5
Christl. Gewerkschaftsbund	1	0,1	1	0,1
Union leitender Angestellten	1	0,1	2	0,1
Deutscher Beamtenbund	29	1,9	6	0,4
Bauernverband	12	0,8	10	0,6
Einzel-, Gewerbeverband	13	0,9	41	2,6
Unternehmerverband, BDI	3	0,2	7	0,5
Verband freier Berufe	12	0,8	13	0,8
Sonstiger Berufsverband	79	5,2	55	3,6
Keine Angabe	3	0,2	16	1,0
Keine Mitgliedschaft	1.138	74,8	873	56,3
Summen	1.522	<b>Fehler ! Verwe isquell e konnt e nicht gefun den werde n.100, 0</b>	1.551	<b>Fehler ! Verwe isquell e konnt e nicht gefun den werde n.100, 0</b>

Quelle: Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln: ALLBUS, Basisumfrage 1991 in Gesamtdeutschland; eigene Berechnungen

Über die Verteilung der Mitgliedschaft in Berufsorganisationen in den neuen Bundesländern im Vergleich zu den alten Bundesländern liefert Tabelle 2 einen Überblick. Aus dieser Tabelle

<sup>4</sup> Mehrfachmitgliedschaften sind dabei allerdings noch nicht berücksichtigt, d.h. es handelt sich hier um eine quantitative Untergrenze.



geht hervor, daß in den neuen Bundesländern offenbar noch ein höherer Organisationsgrad<sup>5</sup> der Bevölkerung als in den alten Bundesländern zu verzeichnen ist! Gegenüber 75 % in den alten Bundesländern gaben in den neuen Bundesländern ca. 56 % an in keiner Berufsorganisation Mitglied zu sein. In erster Linie sind die vorgefundenen Unterschiede auf den höheren Organisationsgrad im DGB (32% der Befragten in den neuen Bundesländern und 13 % in den alten Bundesländern gaben an, in einer Gewerkschaft des DGB Mitglied zu sein) zurückzuführen.

Aus den dargestellten Informationen zur Mitgliedschaft der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland lassen sich nur sehr begrenzt Annahmen über den zahlenmäßigen Umfang der Interessenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland ableiten. Vor dem Hintergrund dieser Informationen läßt sich allerdings ein erster Eindruck vom Umfang der Verbändelandschaft in der Bundesrepublik gewinnen. Im folgenden werden zentrale Informationsquellen, die die Interessenorganisationen in der Bundesrepublik registrieren, behandelt.

## **6 Zentrale Datenquellen zum Verbändesystem in der Bundesrepublik**

Als wichtige Datenquellen für die Erfassung von Verbänden in der Bundesrepublik Deutschland sind neben den Vereinsregistern vor allem das Staatshandbuch in der Ausgabe für Vereine und Verbände sowie wissenschaftlichen Einrichtungen und die Adressenverzeichnisse von Hoppenstedt und von Oeckl zu nennen.

Im 'Taschenbuch des öffentlichen Lebens' (Oeckl, 1992) sind insgesamt etwa 11.000 öffentliche Institutionen, Einrichtungen und Organisationen, davon etwa ca. 8.000 Verbände (darunter ca. 1.500 Wirtschaftsverbände) registriert.<sup>6</sup> In diesem Verzeichnis sollen möglichst sämtliche öffentliche Einrichtungen, Organisationen und Verbände, die auf Bundesebene in Deutschland von Relevanz sind, erfaßt werden. Das Staatshandbuch von 1990 enthält dagegen ca. 5.000 Verbände.

In dem Verzeichnis 'Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft' sind 1992 über 18.000 Verbände und Institutionen, systematisch gegliedert nach verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, bundesweit erfaßt (Hoppenstedt, 1992). Auch in diesem Verzeichnis liegt der Schwerpunkt auf der Bundesebene. Jedoch stehen hier die Wirtschaftsorganisationen im Vordergrund. Die Struktur dieser Datenquelle kann der Tabelle 3 entnommen werden.

---

<sup>5</sup> Der Organisationsgrad drückt das Verhältnis zwischen potentieller Mitgliedschaft und realisierter Mitgliedschaft in Interessenorganisationen, d.h. den Anteil der Bevölkerung, der Organisationsmitglied ist, aus.

<sup>6</sup> Es handelt sich hier um grobe Einschätzungen durch den Festland Verlag Bonn (1993).

Als Erfassungsbasis für die mittelständischen Verbände kann das vom Hoppenstedt-Verlag herausgegebene Verzeichnis nur bedingt herangezogen werden, weil die Informationen, die zur Beschreibung der Verbände gegeben werden, zur eindeutigen Einstufung der Verbände als mittelständische Interessenorganisationen hier kaum ausreichend sind. Erfasst sind im allgemeinen Name, Gründungsdatum, Sitz (einschließlich Adresse, Telefonnummern etc.) und Führungsspitze der Interessenorganisationen. Unregelmäßig werden auch die Ziele und der Interessenbereich oder die Zahl der Mitglieder und Mitarbeiter oder andere Organisationsmerkmale angegeben. Eine Zuordnung der Organisationen zur mittelständischen Wirtschaft fehlt in diesem Verzeichnis.

Tabelle 3: Anzahl der Verbände und Institutionen im Verzeichnis 'Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft' nach Branchen von Hoppenstedt, 1992

Branche	n	%
Ausländische Behörden	871	4,7
Banken und Börsen	207	1,1
Bau- und Wohnungswesen, Medien, Werbung, Messen	656	3,5
Bundesbehörden	695	3,7
Energiewirtschaft	99	0,5
<b>Berufsverbände</b>	<b>1.238</b>	<b>6,7</b>
Gaststättengewerbe, Fremdenverkehr	101	0,5
Handelskammern	530	2,9
Genossenschaften	113	0,6
<b>Handel</b>	<b>965</b>	<b>5,2</b>
<b>Handwerk</b>	<b>852</b>	<b>4,6</b>
Industrie	1.061	5,7
Interessengemeinschaften	2.093	11,3
Intern. Zusammenschlüsse	3.343	18,0
ommunale Verbände	82	0,4
Land- und Forstwirtschaft	435	2,3
Landesbehörden	675	3,6
Soz.-pol. Organisationen	921	5,0
Technische Vereinigungen und Institute	2.819	15,2
Verkehrsgewerbe	330	1,8
Versicherungswesen	462	2,5
Summen	18.548	<b>Fehler!</b> <b>Verweisquelle</b> <b>konnte nicht</b> <b>gefunden</b> <b>werden. 100,0</b>

Quelle: Verlag Hoppenstedt & Co., 1992, S. 30, eigene Berechnungen

Als Mittelstandsblock könnten hier zunächst die Verbände betrachtet werden, die als Berufsverbände (darunter insbesondere die Freien Berufe), Handels- und Handwerksorganisationen oder Organisationen der Land- und Forstwirtschaft in dem Verzeichnis eingestuft worden sind. Das sind 3.490 Organisationen und knapp 20 Prozent der insgesamt in diesem Verzeichnis erfaßten Organisationen und Institutionen (vgl. Tabelle 3, eigene Berechnung und Hervorhebung). Allerdings sind darunter auch Organisationen, wie z.B. Kammern, die nicht als Verbände im Sinne der oben eingeführten Definition gelten. Unter der Rubrik 'Sonstige Arbeitgeber und Unternehmer-Organisationen' oder 'Gaststättengewerbe, Fremdenverkehr' finden sich schließlich u.a. auch einige explizit auf den wirtschaftlichen Mittelstand bezogene Interessenverbände.

Im Taschenbuch des öffentlichen Lebens in Deutschland sind dagegen in den letzten Ausgaben seit Beginn der 90'er Jahre unter dem Titel 'Mittelständische Wirtschaft und Selbständige' einschlägige Verbände zusammenfassend subsumiert. Als Informationen zu den Verbänden sind in diesem Taschenbuch im allgemeinen neben dem Verbandsnamen die Rechtsform, Verbandsrepräsentanten (Vorsitzende, Geschäftsführende u.ä.) und die genaue Adresse (inkl. Telefon- und Faxnr.) jeweils angegeben. In der Ausgabe des 42. Jahrgangs 1992/93 sind die in Tabelle 4 dargestellten Organisationen als Mittelstands- und Selbständigenverbände erfaßt:

Tabelle 4: Mittelstands- und Selbständigenverbände nach dem Taschenbuch des öffentlichen Lebens 1992

-	Vereinigung Mittelständischer Unternehmer e.V. (VMU)
-	Bundesverband mittelständische Wirtschaft - Unternehmerverband Deutschlands e.V. (BVMW)
-	Verband Selbständiger und Gewerbetreibender e.V. (VSG)
-	Unternehmerverband mittelständische Wirtschaft e.V. (UMW)
-	Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand e.V. (AWM)
-	Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e.V. (AGP)
-	Bund der Selbständigen Deutscher Gewerbeverband e.V. (BDS/DGV)
-	Europaverband der Selbständigen Bundesverband Deutschland e.V. (CEDI-BVD)
-	Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e.V. (ASU)
-	Bundesverband Junger Unternehmer (BJU)
-	Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer in der Bundesrepublik Deutschland
-	Bund Katholischer Unternehmer e.V. (BKU)
-	Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU)
-	Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Von den ca 1.500 Wirtschaftsverbänden und -organisationen sind demzufolge 14 Verbände hauptsächlich dem wirtschaftlichen Mittelstand oder den Selbständigen in der gesamten Bundesrepublik verpflichtet. Fraglich ist mithin, inwieweit diese Erfassung der Vollständigkeit in bezug auf die gesamte Interessenvertretung des wirtschaftlichen Mittelstands in Deutschland nahe kommen kann.

Aufgrund der oben dargelegten Annahmen zur Verbändelandschaft in der Bundesrepublik kann nun vermutet werden, daß in diesen Adressenverzeichnissen nur ein Teil der bundesrepublikanischen Verbändelandschaft aufgeführt ist. Allein in zwei Spitzenverbänden der Wirtschaft sind direkt und mittelbar deutlich über 1.000 Verbände organisiert, und zwar waren in der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände e.V. 1992 unmittelbar 61 und mittelbar 700 Verbände (Hoppenstedt, 1992) und im Bundesverband der Deutschen Industrie direkt 34 Wirtschaftsfachverbände mit einigen weiteren hundert mittelbar angeschlossenen Interessenorganisationen, die rund 80.000 Betriebe repräsentieren (Oeckl, 1992), vereinigt.

Hinsichtlich der Wirtschaftsorganisationen, die auf Bundesebene wirksam werden, können aufgrund der beiden Verzeichnisse folgende Rahmendaten festgehalten werden. Die Zahl der Wirtschaftsverbände umfaßt mindestens 1.500 Organisationen. Während im 'Taschenburch des Öffentlichen Lebens' von Oeckl im Jahre 1992 rund 1.500 Wirtschaftsverbände explizit ausgewiesen werden, sind es beim Hoppenstedt-Verzeichnis über 4.000. Bei 14 Verbänden, die dem ökonomischen Mittelstand im Oeckl-Verzeichnis explizit zugeordnet wurden, zeigt sich eine (lediglich) am zahlenmäßigen Umfang gemessene Unterrepräsentanz des wirtschaftlichen Mittelstands im Verbändesystem der Bundesrepublik Deutschland auf Bundesebene.

Inwieweit die in den beiden Verzeichnissen erfaßten Verbände ein vollständiges Bild der Verbändelandschaft liefern, ist angesichts der Tatsache, daß es bisher keine vollständige Erfassung der Verbände in der Bundesrepublik gibt, nicht exakt einschätzbar. Wieviele dieser Verbände tatsächlich auf bundespolitischer Ebene wirksam werden, läßt sich daraus ebenfalls nicht entnehmen. Eine definitorische Abgrenzung oder begründete Klassifizierung der Verbände und Organisationen wird in diesen Verzeichnissen nicht gegeben.

Für die empirische Interessenorganisationsforschung hat die Unkenntnis der Grundgesamtheit der Verbände die gravierende Folge, daß auch keine auf systematische Zufallsauswahl beruhenden repräsentativen Stichproben von Verbänden gezogen werden können. Eine vollständige oder repräsentative Erhebung von mittelständischen Verbänden ist heute somit noch nicht möglich. Zur systematischen Erfassung von Verbänden des wirtschaftlichen Mittelstands werden deshalb alternative oder ergänzende Vorgehensweisen und Verfahren benötigt.

## 7 Die 'Lobby-Listen' des Deutschen Bundestages als Datenbasis zur Erfassung der Mittelstandsverbände

Organisierte Interessenvertretung wird auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene betrieben. Von besonderer Bedeutung für die gemeinsamen, regionenübergreifenden Interessen des wirtschaftlichen Mittelstands sind die wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die auf Bundesebene in den staatlichen Organen und politischen Institutionen getroffen werden. Der Zugang und die Kontakte der Verbände zu Regierung, Verwaltung und Parlament spielt eine wichtige Rolle bei dem Versuch, politischen Einfluß geltend zu machen (v. Beyme, 1980, S. 134 ff.). Von Verbänden, die über einen solchen Zugang verfügen, wird angenommen, daß sie von herausragendem Gewicht im Verbändesystem der Bundesrepublik sind (Rudzio, 1983, S. 86 ff.).<sup>7</sup>

Aus diesen Gründen sollte sich die Erhebung der Mittelstandsverbände auf die Verbände konzentrieren, die auch auf Bundesebene auf das politisch-administrative System Einfluß nehmen. Zudem geht es um die allgemeine Interessenvertretung des wirtschaftlichen Mittelstandes in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb sollten insbesondere die Verbände erfaßt werden sollen, die die Interessen des wirtschaftlichen Mittelstandsbranchen-, regionen- und mittelstandsübergreifend vertreten. Auch dies spricht für die Bundesebene als Ansatzpunkt zur Erfassung der mittelstandsbezogenen organisierten Interessenverbändesystems.

Hier bietet die vom Bundestagspräsidenten geführte 'Lobby-Liste' des Deutschen Bundestages, in die sich alle Verbände eintragen müssen, bevor sie ihre Anliegen gegenüber dem Parlament oder der Bundesregierung vertreten können, eine Datenbasis zur Erfassung der mittelständischen Interessenorganisationen.

In dieser Liste, die jährlich im Bundesanzeiger unter dem Titel: '*Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertreter*' dokumentiert wird, werden neben dem Verbandsnamen, Rechtsform, Sitz und Adresse der einzelnen Interessenorganisationen die Mitglieder des Vorstandes, Geschäftsführer, der Interessenbereich des Verbandes, die Mitgliederzahl, die Zahl der angeschlossenen Organisationen, die Anschrift am Sitz von Bundestag und Bundesregierung und die Verbandsvertreter aufgeführt. Körperschaften, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts und deren Dachorganisationen werden in diesen Listen nicht aufgeführt, weil sie entsprechend Anlage 2 der Geschäftsordnung des Bundestages (GO BT) keine Verbände sind. Regionale Organisationen, deren Interessen bereits auf überregionaler Basis vertreten werden sowie Einzelfirmen sollten gemäß eines Beschlusses des Präsidiums des Deutschen Bundestages vom

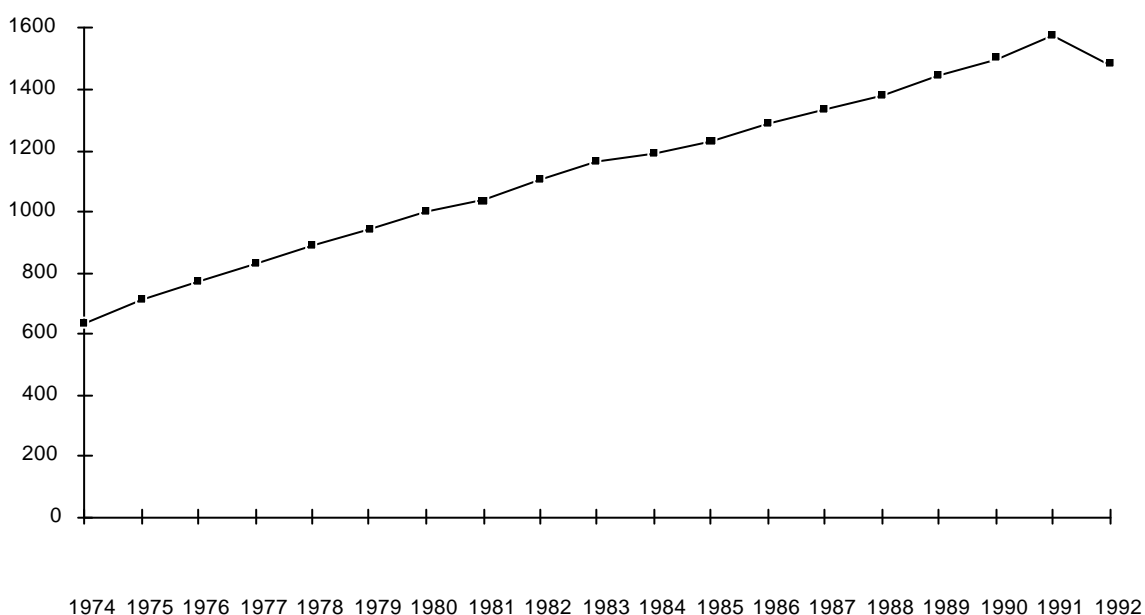
---

<sup>7</sup> Das heißt nicht, daß für die Interessenvertretung die Landes- und Kommunalebene von geringer Bedeutung ist. Nur steht die regionale Interessenvertretung vom Einflußgewicht her nicht über jener, die sich auf die Bundesebene bezieht. Auf bundespolitischer Ebene wird außerdem über weitreichende mittelstandspolitische Maßnahmen, wie z.B. Förderungen für den Mittelstand, und die für die Mittelstandspolitik zentralen gesetzlichen Rahmenbedingungen entschieden.

14.3.1973 in der Lobby-Liste nicht registriert werden. Die Verbände werden außerdem nur in der Liste weitergeführt, wenn die bisherigen Angaben jährlich bestätigt oder Änderungen angezeigt werden.

In den Lobby-Listen des Deutschen Bundestages sind inzwischen mehr als 1.000 Verbände registriert. Von 635 eingetragenen Verbänden im Jahre 1974 stieg die Zahl der hier registrierten Verbände kontinuierlich auf 1.575 im Jahre 1991 an (vgl. Abb. 1). Erst 1992 sank die Verbändezahl erstmals um rund 100 auf 1.481.

Abb. 1: Anzahl der Verbände in den Lobby-Listen des Deutschen Bundestages von 1974 bis 1992



Quelle: Bundesminister der Justiz 1974-1992; eigene Berechnungen

Die Zahl der Verbände, die in den Lobby-Listen eingetragen sind, hat sich somit seit 1974 bis heute mehr als verdoppelt. Hinter diesem Anstieg kann wohl insbesondere auch eine zunehmende Bedeutung der Bundespolitik für die Verbände gesehen werden. Von den 1.575 in der Lobby-Liste von 1991 eingetragenen Verbänden haben 27 Prozent ihren Sitz in Bonn, knapp 10 Prozent ein Bonner Büro und etwa 60 Prozent kein Bonner Büro (ebd.; eigene Berechnungen).<sup>8</sup> Von etwa 82 Prozent wurde die Rechtsform des eingetragenen Vereins angegeben. Ansonsten wurde eine eingetragene Genossenschaft registriert und im Übrigen fehlten die Angaben hinsichtlich der Rechtsform. Die knapp 1.600 Verbände repräsentieren ihren eigenen Angaben zufolge insgesamt rund **170 Millionen Mitglieder** und ca. **30.000**

<sup>8</sup> Die Rohdaten sämtlicher Lobby-Listen wurden mir freundlicherweise von Heinz Sahner entsprechend verkodet auf Datenträger zur Verfügung gestellt. Herrn Sahner gebührt hierfür mein besonderer Dank.

**angeschlossene Organisationen** gegenüber Bundesregierung und Bundestag (Bundesminister der Justiz 1991; eigene Berechnungen).

Alle Verbände, die in Bonn Interessenvertretung betreiben, sind vermutlich aber auch in dieser Liste noch nicht erfaßt. Die Unvollständigkeit der Liste dürfte vor allem dadurch bedingt sein, daß die sonstigen hier 'unsichtbaren Einflußkanäle' beispielsweise über die Ministerialverwaltung nicht berücksichtigt werden. Der Rückgriff auf die Lobby-Liste zur Identifikation der Mittelstandsverbände ist insofern lückenhaft.

Ein weiteres Problem bei der Erfassung der mittelständischen Interessenorganisationen auf dieser Basis ist das mit den Abgrenzungsschwierigkeiten des Verbandsbegriffs zusammenhängende Fehlen einer klaren Klassifizierung der Interessenverbände. Verbände haben viele Facetten, sie sind multifunktionale Organisationen (Teubner, 1978). Um Verbände in Bezug auf die Interessenvertretung des wirtschaftlichen Mittelstands zu identifizieren, werden geeignete Zuordnungsgrundlagen, Ordnungsschemata und Kriterien benötigt. In der Verbandsforschung ist umstritten, nach welchen und wieviel Kriterien Verbände geordnet werden sollen.<sup>9</sup> Als gebräuchlichste Kriterien in der Verbändeforschungsliteratur dienen entweder die Art der vertretenen Interessen, das Handlungsfeld oder die Organisationsform der Verbände (vgl. v. Alemann 1989, S. 69). Die vorliegenden Klassifikationsansätze sind also in der Regel eindimensional. Eindimensionale Ordnungsschemata haben aber im Hinblick auf die Multifunktionalität der Interessenverbände insbesondere den Nachteil, die Vielfalt der Verbändelandschaft nicht einfangen zu können und oft keine eindeutige ausschließliche Zuordnung zu ermöglichen.

## **8 Die mehrdimensionale Erfassung und Systematisierung der Interessenverbände in der 'Lobby-Liste'**

Angeichts der Unzulänglichkeiten hinsichtlich Vollständigkeit, Exklusivität und Eindimensionalität bei den bisherigen Klassifikationsansätzen hat Sahner (1988) ein mehrdimensionales Klassifikationssystem entwickelt. Damit soll es möglich sein, die Verbände nach den gesellschaftlichen Teilbereichen (Siten), aus denen heraus sie tätig sind und nach ihren Handlungsfeldern (Objektbereichen) differenziert zu erfassen. Dem Kriterium der Vollständigkeit an das Klassifikationssystem wird Rechnung getragen, indem Sahner als weiteres Differenzierungskriterium das AGIL-Schema von Parsons zur Klassifikation der Verbände heranzieht.<sup>10</sup> Nach diesem Schema werden die zentralen Funktionen, die jede Gesellschaft oder soziales System zu seiner Erhaltung erfüllen muß, mit dem Anspruch

---

<sup>9</sup> Ein Vorschlag von Edwin Buchholz, der 20 Kriterien (darunter Mitgliederzahl, regionale Ausdehnung, Zweck, Interessensbereich, Mitgliedschaftsvoraussetzungen, Rechtsform, Leistungsarten, Organisationsstruktur usw.) umfaßt, macht die Entscheidungsproblematik hinsichtlich der Möglichkeit des Konsenses zu einer einheitlichen Klassifizierung von Verbänden deutlich (Buchholz 1970, S. 235 ff.).

<sup>10</sup> Zum AGIL-Schema von Parsons (1951) vgl. zusammenfassend z.B. Jensen (1983).

weitgehender Vollständigkeit angegeben. Das 'A' steht dabei für die Anpassung an die Umwelt des Systems und die Beschaffung von Ressourcen (Adaptation). Diesem Bereich ist auch das Wirtschaftssystem funktional zuzuordnen. Das 'G' symbolisiert den Bereich der Zielfestlegung und -bestimmung (Goal-Attainment). Es ist vornehmlich die Aufgabe des politischen Systems, für die Zielvorgaben zu sorgen. Mit 'I' wird der funktionale Bereich der gesellschaftlichen Integration (Integration) und mit 'L' wird der Bereich der Strukturhaltung zentraler kultureller und gesellschaftlicher Wertemuster bezeichnet. Das Erziehungs- und Rechtssystem wären diesbezüglich hervorzuheben.

Die Verbände können nun entsprechend dem AGIL-Schema nach Situs und/oder Objektbereich bzw. Handlungsfeld jeweils verkodet werden. Bei der Zuordnung nach dem Situs erfolgt die Klassifizierung eines Verbandes nach dem gesellschaftlichen Bereich, aus dem er heraus aktiv ist, bzw. welchen Sektor er repräsentiert (Sahner 1993). Bei den Handlungsfeldern ist der gesellschaftliche Bereich, in denen die betreffenden Organisationen wirksam sind, der Ansatzpunkt zur Klassifizierung.

Sowohl für den Situs als auch für den Objektbereich verwendet Sahner, sofern nötig, eine dreifache Verkodung. Situs und Objektbereich haben dabei die gleichen Merkmalsausprägungen. Zuerst wird entsprechend nach den drei Produktionssektoren (primärer, sekundärer und tertiärer Sektor), dann nach der Stellung im Wirtschaftsprozess (Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerorganisation) und letztlich nach der ständischen bzw. berufsständischen Stellung verkodet (Sahner 1988). Die Hierarchisierung bei der Kodierung stellt Sahner zufolge allerdings ein besonderes Problem dar. Bei Bedarf können jedoch noch weitere Kodierungskriterien verwendet werden. Entsprechend diesem Klassifikationssystem wurden die Daten der Lobby-Listen von Sahner und seinen Mitarbeitern kodiert und edv-technisch aufbereitet. Als weiteres Ordnungskriterium für die Verbände in den Lobby-Listen wurde neben dem AGIL-Schema noch die Unterscheidung getroffen, ob es sich um einen 'Freiwilligen-Verband' handelt, d.h. ob er 'public interests' oder 'private interests' vertritt (Sahner 1988). Ferner wurde eine Restkategorie der nach diesem Klassifikationssystem nichtklassifizierbaren Verbände eingeführt. Die Abb. 2 gibt eine zusammenfassende Darstellung der Besetzungshäufigkeiten der Grobgliederung des AGIL-Schemas nach dem skizzierten Klassifikationssystem für das Jahr 1991 nach der ersten Klassifikationsstufe (Situs 1) wieder.

Deutlich ist die Überzahl der Verbände des Adaptionbereichs im intermediären Sektor des politischen Systems auf Bundesebene. Knapp 80 Prozent der Verbände sind dem Adaption- und 11,6 Prozent dem Integrationsbereich zugeordnet. Die zahlenmäßige Vertretung der restlichen Bereiche ist kaum von Gewicht. Die Wirtschaftsverbände (inklusive Arbeitnehmerorganisationen und Verbraucherverbände) stellen zusammengenommen etwa 70 Prozent der Verbände (eigene Berechnungen).



Abb. 2: Anzahl der Verbände in der Lobby-Liste des Deutschen Bundestages von 1991 systematisiert nach dem AGIL-Schema von Parsons (Situs I)

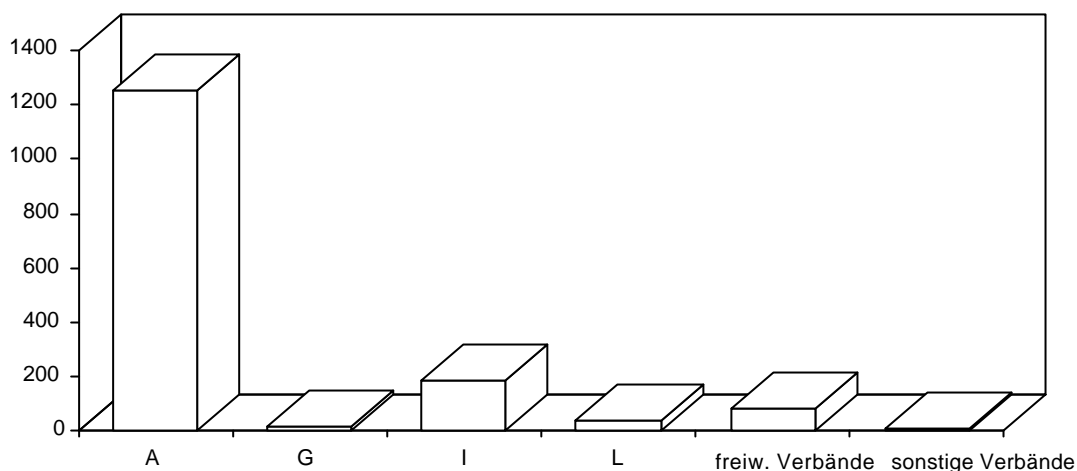


Tabelle zur Abb. 2

Situs I	n	%	% (kumuliert)
Adaption	1.255	79,5	79,5
Goal Attainment	13	0,8	80,4
Integration	183	11,6	92,0
Latent pattern maintenance	40	2,5	94,5
Freiwilligenverbände	80	5,1	99,6
Sonstige	7	0,4	100,0
Insgesamt	1.578	100,0	

Quelle: H. Sahner 1991; eigene Berechnungen

Es wurde schon erwähnt, daß es sich bei der Systematisierung der Verbände nach dem AGIL-Schema um eine Grobgliederung handelt. Innerhalb dieser Kategorien wurden die Verbände der Lobby-Listen nach weiteren Kriterien von Sahner systematisch erfaßt. So wurde u.a. auch das Erscheinungsjahr, der Sitz des Verbände, die Mitgliederzahl, die Zahl der angeschlossenen Organisationen und die Rechtsform der Verbände registriert. Die Brauchbarkeit dieses Klassifikationssystems zur Identifizierung der Mittelstandsverbände liegt insbesondere darin, daß auch der Mittelstand als eigene Kategorie in dieses Klassifikationssystem aufgenommen wurde. Die Erfassung der Mittelstandsverbände erfolgte im Zusammenhang mit dem beschriebenen Verkodungsverfahren nach Situs und Objektbereich. Die Mittelstandskategorie wurde im Adaptionbereich und dort unter der Rubrik ständische Verbände angesiedelt. Ansatzpunkt bei der Zuordnung als Mittelstandsverband waren die Informationen aus dem angegebenen Interessenbereich und dem Verbandsnamen der Verbände in der Lobby-Liste. Insofern bot sich die Verwendung dieses Klassifikationssystems in Verbindung mit den Informationen aus der Lobby-Liste an, um die Verbände des wirtschaftlichen Mittelstands, die gegenüber dem politischen System auf Bundesebene wirksam werden, zu erfassen.

## **9 Die Mittelstandsverbände in der Lobby-Liste des Deutschen Bundestages mehrdimensional klassifiziert: Grenzen und Möglichkeiten**

Die mehrdimensionale Erfassung der Mittelstandsverbände nach dem Klassifikationssystem von Heinz Sahner führt auf Basis der Lobby-Liste von 1991 zu den in Tabelle 5 dem Mittelstand zugeordneten Interessenverbänden. Danach wurden entsprechend der dreifachen Kodierung der Sites und Objektbereiche insgesamt 18 Verbände (von rund 1.600) als mittelständische Interessenorganisationen identifiziert. Diese Verbände repräsentieren ihren eigenen Angaben in der Lobby-Liste 1991 zufolge insgesamt knapp 50.000 direkte Einzelmitglieder und 170 ihnen angeschlossene Organisationen (eigene Berechnungen). Der Verband Selbständiger und Gewerbetreibender (selbst jedoch eine Teilorganisation des BVMW) hat demnach die mit meisten Direktmitglieder während die Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand bei den angeschlossenen Organisationen vorne liegt.

Bezüglich der Ausgangsthese von der Unterrepräsentanz der allgemeinen Interessen des wirtschaftlichen Mittelstands ließe sich auf dieser Basis folgender Befund formulieren: Im Verhältnis zu den insgesamt 170 Millionen Mitgliedern, die von sämtlichen in der Lobby-Liste 1991 registrierten Verbänden repräsentiert werden, nehmen sich die knapp 50.000 von den Mittelstandsverbänden repräsentierten Mitglieder mit einem Anteil von 0,03 Prozent am gesamten 170 Millionen umfassenden Repräsentationspotential kaum wahrnehmbar aus. Hinzu kommt, daß schon aufgrund des Verbandsnamens bei sieben der in Tabelle 5 aufgeführten 18 Interessenverbänden darauf geschlossen werden kann, daß es sich bei diesen sieben Verbänden um solche handelt, die sich hauptsächlich nicht dem wirtschaftlichen Mittelstand branchenübergreifend zuwenden, sondern eindeutig branchenspezifisch ausgerichtet sind. Vergleicht man nun die in Tabelle 5 aufgelisteten Mittelstandsverbände mit denen im Taschenbuch des öffentlichen Lebens von 1991, so läßt sich feststellen, daß sich 11 der dort als Mittelstands- und Selbständigenverbände bezeichneten Organisationen nicht in dieser Tabelle wiederfinden lassen.<sup>11</sup>

Die meisten der im Taschenbuch des öffentlichen Lebens aufgelisteten Mittelstandsverbände, die nicht in Tabelle 5 wiedergegeben sind, sind gleichwohl in die Lobby-Liste von 1991 eingetragen, jedoch nicht als Mittelstandsverbände identifiziert worden. Die uneinheitliche Identifizierung kann zum einen daran liegen, daß hier verschiedene Kriterien zur Klassifizierung

---

<sup>11</sup> Das sind die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e.V., der Bundesverband der Selbständigen Deutscher Gewerbeverband e.V., der Bund der Selbständigen der DDR Deutscher Gewerbeverband, Europaverband der Selbständigen Bundesverband Deutschland e.V., die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e.V., der Bundesverband Junger Unternehmer der ASU e.V., der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer in der BRD, der Bund Katholischer Unternehmer e.V., die Vereinigung deutscher Unternehmerinnen e.V., die Arbeitsgemeinschaft christlicher Unternehmer in der UNIAPAC e.V. sowie der Unternehmerverband der DDR (Oeckel, 1990).

verwendet worden sind. Allerdings sind die Kriterien, nach denen in dem Taschenbuch des öffentlichen Lebens Verbände der Mittelstandskategorie zugeordnet werden, meiner Kenntnis nach nicht öffentlich dokumentiert. Offenbar handelt es sich dabei um eine relativ willkürliche Zuordnung, basierend auf dem Expertenwissen der Klassifizierenden. Zum anderen dürften die nicht ausreichenden Informationen in den Lobby-Listen des Deutschen Bundestages ein Problem für eine sichere Klassifizierung sein.

Tabelle 5: Die Mittelstandsverbände, Mitgliederzahlen und angeschlossene Organisationen in der Lobby-Liste von 1991

Die Mittelstandsverbände	Mitgliederzahl	angeschlossene Org.
Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	-	110
Bundesverband mittelständischer Reiseunternehmen	1.679	-
Beraterverband Mittelstand	60	-
Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW)	7.000	20
Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V.	220	-
Bundesverband mittelständischer Privatbrauereien e.V.	950	6
Bundesverband Mittelständischer Bauunternehmen	700	-
Deutscher Mittelstands Bund (DMB)	3.068	-
Initiative Mittelstand e.V.	60	2
Mittelstandsforum e.V.	500	-
Union Mittelständischer Unternehmen e.V. (UMU)	7.500	11
Verband Selbständiger und Gewerbetreibender (VSG)	23.000	7
Vereinigung Mittelständischer Unternehmer e.V. (VMU)	320	-
ASG - Arbeitsgemeinschaft Selbständiger und Gewerbetreibender, Schutz- und Selbsthilfeorganisation e.V.	42	-
Bund versicherter Unternehmen e.V.	60	-
Deutscher Müllerbund e.V.	1.200	9
Interessengemeinschaft mittelständischer Mineralölverbände	800	3
Interessenverband Selbständiger e.V.	98	2
Summen	47.257	170

Quelle: H. Sahner 1991; eigene Berechnungen

Auch ein mehrdimensionales Klassifikationssystem kann die Hürden einer ungenügenden Informationsbasis nicht ausgleichen. Darüber hinaus ergeben sich insbesondere auch aus der Hierarchie bei der Zuordnung der Verbände und den ungenügenden Vorgaben bei der Anwendung des AGIL-Schemas von Parsons vor dem Hintergrund der Vielfalt der Verbände Selektionsprobleme. So kann es Verbände geben, die ihre Mitglieder aus mehreren unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen rekrutieren und auf mehreren und unterschiedlichen Handlungsbereichen aktiv sind. Sahner hierzu: 'Ein befriedigendes Kategoriensystem gibt es nicht und kann es nicht geben. Man kann nur versuchen, die Defizite zu reduzieren.' (Sahner 1993)

Ein Verfahren der Minimierung dieser Defizite kann darin bestehen, daß ergänzende Erhebungs-, Klassifizierungs- und Erfassungsverfahren herangezogen werden, die situativ auf die jeweils konkrete Forschungsfrage und den jeweiligen Untersuchungsgegenstand abgestimmt sind.

## **10 Der Reputationsansatz und das Konzept der politischen Netzwerke zur Erfassung und Analyse des mittelständischen Verbändesystems**

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß in den Lobby-Listen die in Bonn wirksamen Verbände vermutlich nur teilweise erfaßt sind. Insofern wurde hier nicht angenommen, daß die organisierte Interessenvertretung des wirtschaftlichen Mittelstands auf bundespolitischer Ebene in Bonn sich in den aufgrund des bisher hier vorgestellten Verfahren ermittelten Organisationen erschöpft.<sup>12</sup> Aus diesem Grund sollten die bis dahin nicht erfaßten Interessenverbände des wirtschaftlichen Mittelstands, ausgehend von den Interessenorganisationen, die bereits mittels der Anwendung des mehrdimensionalen Klassifikationssystems auf die Lobby-Liste als Mittelstandsverbände identifiziert wurden, durch den Einsatz eines geeigneten 'Anschlußerhebungsverfahrens' festgestellt werden.

Insoweit es keine geeignete und vollständige Liste der Erhebungseinheiten (d.h. in unserem Fall: die Mittelstandsverbände) gibt und man aber vermuten kann, daß die Erhebungseinheiten relational (also bestimmte Beziehungen existieren) verbunden sind bzw. ein Beziehungsnetzwerk vorliegt, ist der Einsatz eines Schneeballverfahrens eine Möglichkeit, an die übrigen relevanten Untersuchungseinheiten zu gelangen. 'Allgemein kann man sagen, daß die Verwendung von Schneeball- und ähnlichen Methoden sowohl dazu dient, ein Netzwerk zu beobachten, Sozialstrukturen zu analysieren und Schlüsse über Beziehungen vorzunehmen, als auch ein zweckmäßiges Vorgehen ist, um eine ausreichende Anzahl Mitglieder von Spezialpopulationen ausfindig zu machen' (Gabler, 1992, S. 50).

---

<sup>12</sup> Einen Datensatz, der die Verbände vollständige Erfassung der Verbände, die in Bonn Einfluß auf das politisch-administrative System ausüben bzw. ausüben wollen, beanspruchen kann, gibt es meines Wissens bisher nicht.

Die grundlegende Vorgehensweise bei diesem Verfahren läßt sich dadurch kennzeichnen, daß zunächst eine Stichprobe von Untersuchungseinheiten bzw. deren Repräsentanten hinsichtlich einer bestimmten Relation nach weiteren relevanten Einheiten befragt wird. Die genannten Organisationen werden sodann auf die gleiche Weise befragt. Das Verfahren wird solange fortgeführt, bis keine weiteren nicht schon erfaßten Untersuchungseinheiten genannt werden. Ziel der Befragungskette ist es schließlich, möglichst das gesamte soziale Beziehungsnetz zu erfassen.<sup>13</sup> Klassische Anwendungsgebiete dieser Erhebungsmethode sind z.B. die Erfassung von Freundschafts- und Unterstützungsnetzen (vgl. z.B. Coleman, 1958).

Die Erfassung der Mittelstandsverbände kann im Rahmen des Schneeballverfahrens nach unterschiedlichen Kriterien erfolgen. Als Kriterium für mittelstandspolitisch relevante Verbände sollte hier jedoch nur der relative Einfluß, d.h. der Einfluß bezüglich des mittelstandspolitischen Politikfeldes, der den Verbänden diesbezüglich von den Respondenten im Zuge einer Befragung beigemessen wird, dienen. Zum anderen war es das Ziel, die Verbände zu ermitteln, die nicht nur mittelstandspolitisch von Bedeutung sind, sondern auch als mittelständische Interessenvertretung fungieren. Zur Realisierung des Schneeballverfahrens wurden deshalb reputationstechnische Fragen eingesetzt. Die Reputationstechnik zeichnet sich durch die Verbindung der Frage nach dem Einfluß von Akteuren in einem politisch-sozialem Netzwerk mit dem Schneeballverfahren aus, d.h. es werden die aufgrund einer Stichprobe ermittelten Mitglieder eines politischen Netzwerkes nach weiteren einflußreichen Mitgliedern dieses Netzwerkes befragt usw. Die Reputationstechnik wird als ein Verfahren zur Ermittlung der Macht von Personen, Organisationen oder Institutionen verwendet. Die Macht der Akteure wird dabei mit dem Einfluß gleichgesetzt, die ihnen von den Befragten oder Experten zugeschrieben wird.<sup>14</sup>

Mit der Reputationstechnik wurde aber nicht nur der Vorteil erwartet, daß hier die Insider-Kenntnisse der Verbandsexperten zur Identifikation der Mittelstandsverbände genutzt werden und die für die Mittelstandspolitik maßgeblichen Verbände erfaßt werden können, sondern daß darüber hinaus eine Chance besteht, daß das Reputations-Netzwerk geschlossen bzw. saturiert werden kann, d.h. daß sich die Erfassung des weiteren Verbandssystems auch auf die wichtigsten Mittelstandsverbände konzentriert. Mit anderen Worten wurde als Ergebnis dieses Verfahrens unterstellt, daß damit nahezu eine Totalerhebung der einflußreichen Mittelstandsverbände erreicht werden kann.

Voraussetzung dieses Verfahrens ist, wie schon angedeutet, daß Mittelstandspolitik als eigenes Politikfeld (vgl. Schubert, 1991) betrachtet werden kann. Politische Prozesse innerhalb von Politikfeldern zeichnen sich in den modernen westlichen Demokratien in der Regel durch interorganisationelle Arrangements bei der Formulierung und Implementierung politischer

---

<sup>13</sup> Dieses Verfahren wird auch als Saturationsverfahren bezeichnet (vgl. Böltken 1976, S. 290).

<sup>14</sup> Zu betonen ist, daß es sich somit lediglich um einen Indikator für Machtpositionen handelt, der nicht unbedingt mit der tatsächlichen Macht der Organisationen gleichgesetzt werden kann.

Zielbildungs- und Entscheidungsprozesse aus. Diesen Arrangements entsprechen politische Netzwerke, in denen verschiedene Institutionen und Organisationen auf bestimmten Beziehungsebenen miteinander verbunden sind. Der Kerngedanke des Konzeptes politischer Netzwerke läßt sich wie folgt umreißen: 'The network concept and all these other policy concepts are variations of a basic theme: the idea of public policies which are not explained by the intentions of one or two central actors, but which are generated within multiple actor-sets in which the individual actors are interrelated in a more or less systematic way' (Kenis, Schneider, 1991, S. 32).

Zusammengefaßt dienen die mit dem Klassifikationssystem festgestellten Mittelstandsverbände somit erst als Ausgangspunkt zur Erfassung weiterer mittelstandspolitisch relevanter Interessenorganisationen. Die Methapher vom Eisberg benutzend, kann man sagen, daß es sich um den Versuch handelt, von der Spitze des Eisbergs unter die Wasseroberfläche zu gelangen und den gesamten Komplex des politisch relevanten mittelstandsorientierten Interessenverbandssystems mit seinen zentralen Elementen in den Blick zu bekommen.

## **11 Das mittelstandsrelevante Interessenorganisationssystem: Erste Ergebnisse einer empirischen Studie für die Bundesrepublik Deutschland**

In diesem Abschnitt sollen die mittelstandsrelevanten Interessenorganisationen, denen auf dem Feld der Mittelstandspolitik ein Einfluß zugesprochen wird, vorgestellt werden. Die im folgenden dargestellten empirischen Befunde beruhen auf einer bundesweiten Erhebung, die ich im Rahmen meiner Dissertation 1989/90 durchgeführt habe.

Zu Beginn der Arbeiten an der Studie stand die Lobby-Liste von 1987 datentechnisch aufbereitet zur Verfügung. Auf dieser Basis wurden durch Anwendung des Klassifikationssystems von Sahner folgende 14 mittelständische Interessenverbände als Ausgangspunkt für das verwendete Schneeballverfahren ermittelt (H. Sahner 1991; eigene Auszählung):<sup>15</sup>

- Beraterverband Mittelstand e.V.
- Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand 'AWM' in der Bundesrepublik Deutschland
- Bundesverband mittelständische Wirtschaft e.V. 'BVMW'
- Deutscher Mittelstands-Bund 'DMB'
- Initiative Mittelstand e.V. - Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer
- Vereinigung mittelständische Unternehmen e.V. 'VMU'
- Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen e.V. 'UNITI'
- Interessenverband Selbständiger e.V.

---

<sup>15</sup> Bis auf die Interessengemeinschaft der Werksvertreter für Kfz-Teile e.V., sind sämtliche dieser Verbände auch im Jahre 1991 als mittelständische Interessenverbände in der 'Lobby-Liste' mit dem Klassifikationssystem registriert worden (vgl. Tabelle 4, S. 13).

- Verband Selbständiger und Gewerbetreibender 'VSG'
- Bundesverband mittelständischer Privatbrauereien e.V.
- Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen 'BVMB'
- Deutscher Müllerbund e.V.
- Interessengemeinschaft der Werksvertreter für Kfz-Teile e.V. 'IGWV'
- Interessengemeinschaft Mittelständischer Mineralölverbände.

Die in dieser Liste aufgeführten Verbände wurden zunächst angeschrieben und jeweils ein Experte (in der Regel aus der Geschäftsführung oder des Vorstands) der Verbände darum gebeten, die folgende Frage zu beantworten:

*Nennen Sie bitte die Interessenorganisationen, die im wirtschaftlichen und politischen Wirkungsbereich Ihrer Organisation mit Bezug auf den Mittelstand tätig und von einiger Bedeutung oder Einfluß sind.*

Zusätzlich wurde nach sonstigen bzw. anderen bedeutsamen Organisationen mit mittelstandspolitischen Bezug gefragt. Die jeweils genannten Verbände wurden dann ebenfalls um eine entsprechende Stellungnahme gebeten usw. Das resultierende "snowball-sample" der mittelstandspolitisch relevanten Verbände in der Bundesrepublik Deutschland enthält die nachstehende zweite Verbändeliste (eigene Erhebung 1989/90):

- Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft 'ASM'
- Aktionsgemeinschaft Wirtschaft und Politik 'AWP'
- Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand 'AWM'
- Arbeitsgemeinschaft Mut zur Selbständigkeit 'AMS'
- Arbeitsgemeinschaft Selbständiger und Gewerbetreibender 'ASG'
- Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer 'ASU'
- Ausstellungs- und Messe-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft 'AUMA'
- Beraterverband Mittelstand 'BvM'
- Betreuungsverband für Unternehmen und Selbständige 'BUS'
- Bundesverband der Deutschen Industrie 'BDI'
- Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken 'BVR'
- Bundesverband der Freien Berufe 'BFB'
- Bundesverband der Selbständigen 'BDS'
- Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels 'BGA'
- Bundesverband deutscher Banken
- Bundesverband Junger Unternehmer 'BJU'
- Bundesverband mittelständische Wirtschaft 'BVMW'
- Bundesverband Mittelständischer Bauunternehmen 'BVMB'
- Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen 'UNITI'
- Bundesverband mittelständischer Privatbrauereien
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 'BDA'

- Bundesvereinigung Deutscher Einkaufsverbände 'BEV'
- Bundes-Schutz-Vereinigung der mittelständischen Wirtschaft 'BSV'
- Centralvereinigung Deutscher Handelsvertreter - Handelsmaklerverbände 'CDH'
- Deutscher Bauernverband 'DBV'
- Deutscher Hotel- und Gaststättenverband 'DEHOGA'
- Deutscher Industrie- und Handelstag 'DIHT'
- Deutscher Mittelstands-Bund 'DMB'
- Deutscher Müllerbund
- Deutscher Sparkassen- und Giroverband 'DSGV'
- Europaverband der Selbständigen 'BvD'
- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft 'GDV'
- Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels 'HDE'
- Initiative Mittelstand 'IM'
- Interessengemeinschaft der Werksvertreter für KFZ-Teile 'IGWW'
- Interessengemeinschaft Mittelständischer Mineralölverbände
- Interessenverband Selbständiger
- Markenverband
- Mittelstandsinitiative Deutschland 'm.i.d.'
- Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft 'RKW'
- Schutzverband gegen Unwesen in der Wirtschaft
- Union Freier Berufe 'UFB'
- Union der Leitenden Angestellten 'ULA'
- Union Mittelständischer Unternehmen 'UMU'
- Verband der Vereine Creditreform
- Verband Deutscher Reeder 'VDR'
- Verband Selbständiger und Gewerbetreibender 'VSG'
- Vereinigung mittelständischer Unternehmer 'VMU'
- Vereinigung von Unternehmerinnen 'VvU'
- Versorgungsverband mittelständische Wirtschaft
- Wirtschaftsjuvenen Deutschland 'WJD'
- Zentralarbeitsgemeinschaft des Strassenverkehrsgewerbes 'ZAV'
- Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs
- Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe 'ZDS'
- Zentralverband der Genossenschaftlichen Grosshandels- und Dienstleistungsunternehmen
- Zentralverband des Deutschen Handwerks 'ZDH'



Als sonstige Organisationen, die in Bezug auf den Mittelstand aktiv und von Bedeutung sind, wurden u.a. (z.B. staatliche Institutionen u.ä.) die folgenden Organisationen angegeben (eigene Erhebung 1989/90).<sup>16</sup>

- Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU 'MIT'
- Europäische Mittelstandsunion (ebenfalls in der CDU/CSU) 'EMSU'
- Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD 'AGS'
- Arbeitsgemeinschaft Mittelstand der F.D.P. Bundestagsfraktion
- Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft 'RKW'
- Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.
- Institut für Mittelstandsforschung Bonn
- Ausstellungs- und Messeausschuss der Deutschen Wirtschaft 'AUMA'
- Union der leitenden Angestellten 'ULA'

Ein erster Blick auf die in den voranstehenden Listen aufgeführten Organisationen läßt die Bandbreite und die Heterogenität der auf bundespolitischer Ebene mit Bezug auf die Mittelstandspolitik als relevant eingeschätzten Interessenorganisationen erkennen. Darunter befinden sich sowohl die wichtigsten Wirtschaftsverbände, die sich im Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft zusammengeschlossen haben, als auch branchenspezifische Kleinstverbände, die sich dem Mittelstand zuwenden, sowie Verbände mit bestimmten Schwerpunkten, wie z.B. die Vereinigung von Unternehmerinnen oder der Schutzverband gegen Unwesen in der Wirtschaft. Das Spektrum der sonstigen Organisationen, die nicht als Wirtschaftsverbände in Frage kommen, jedoch im Zusammenhang mittelstandspolitischer Anliegen relevant sind, reicht von Suborganisationen politischer Parteien über Forschungsinstitutionen und ähnlichen Dienstleistungsorganisationen im Bereich des wirtschaftlichen Mittelstands bis zur Union der Leitenden Angestellten, die als Interessenverband des sogenannten 'Neuen Mittelstands' bezeichnet werden kann.

Mit den zentralen Verbänden der gewerblichen deutschen Wirtschaft, dem Bundesverband der Freien Berufe und dem Deutschen Bauernverband und den von ihnen repräsentierten angeschlossenen Organisationen und Direktmitgliedern wird im Bereich der Mittelstandspolitik praktisch die gesamte deutsche Wirtschaft interessenpolitisch vertreten. Anders gewendet bedeutet dieser Befund, daß in die Mittelstandspolitik die zentralen Wirtschaftsverbände in der Bundesrepublik (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß) involviert sind.

Nicht alle der für mittelstandspolitisch relevant gehaltenen Verbände und Organisationen können jedoch gleichermaßen als Interessenvertretung des wirtschaftlichen Mittelstands bezeichnet werden. Beispielsweise hat der Verband der Vereine Kreditreform vor allem das

---

<sup>16</sup> Diese Organisationen wurden über die Zusatzfrage nach den sonstigen mittelstandsrelevanten Organisationen erfragt. Es handelt sich hier nicht um die Einstufung durch den Verfasser, sondern diese Einordnung beruht auf den Zuweisungen der Verbandsvertreter. Die Union der Leitenden Angestellten wären z..B. wohl als Verband des sogenannten 'neuen Mittelstands' einzustufen.

Ziel, seine Mitglieder mit Informationen zu versorgen, und nicht die Interessen gegenüber dem politischen System zu vertreten. Es kann wohl auch angenommen werden, daß der Bundesverband deutscher Banken anders als der Bundesverband mittelständische Wirtschaft in mittelstandspolitische Strategien und Maßnahmen involviert ist.

Im Zusammenhang mit einer zweiten Informationssammlungsphase sollte daher festgestellt werden, inwieweit die Verbandsexperten der erfaßten Organisationen ihre Organisation auf einer zehnstufigen Mittelstandsskala auch als mittelständische Interessenvertretung einstufen. Konkret wurde die Frage wie folgt formuliert:<sup>17</sup>

*Kreuzen Sie bitte die Position Ihrer Organisation auf der folgenden Zuordnungsskala an.*

*Die Organisation versteht sich hauptsächlich als mittelständische Interessenvertretung*

*Die Organisation versteht sich nicht als mittelständische Interessenvertretung*

*0      0      0      0      0      0      0      0      0      0*  
*1      2      3      4      5      6      7      8      9      10*

Tabelle 6: Mittelstandsselbstzuordnung durch Experten der mittelstandspolitisch relevanten Interessenverbände in der Bundesrepublik Deutschland 1990

Mittelstandseinstufung	Kodierung	Anz. d. Verbände n	%	kum. %
hauptsächliche Mittelstandsvertretung	1	21	<b>58,3</b>	58,3
	2	4	11,1	69,4
	3	2	5,6	75,0
	4	4	11,1	86,1
	5	2	5,6	<b>91,7</b>
	6	0	0,0	91,7
	7	0	0,0	91,7
	8	1	2,8	94,4
	9	0	0,0	94,4
keine Mittelstandsvertretung	10	2	<b>5,6</b>	∑ 100,0
Ausfälle	99	20	∑ 100,0	
		∑ 56		

n = 56, gültige Fälle = 36

Quelle: Eigene Erhebung 1990

<sup>17</sup> Die Befunde hierzu sind in der folgenden Tabelle 6 wiedergegeben.

Von den 56 Verbänden haben 36 Verbände, vertreten durch ihre Experten, eine Einstufung auf der Mittelstandsskala vorgenommen. 21 Verbände stufen sich demnach ganz eindeutig als mittelständische Interessenvertretungen ein (vgl. Tabelle 6, S. 28). Nur zwei Verbände wurden von ihren Experten auf dieser Skala eindeutig nicht als mittelständische Interessenvertretung eingestuft.

Auch unter den 21 Interessenorganisationen, die von ihren Vertretern eindeutig als Mittelstandsorganisationen identifiziert worden sind, befinden sich Spitzenverbände, wie der Bundesverband der Freien Berufe ebenso wie geschlechtsausgerichtete Organisationen, wie die Vereinigung von Unternehmerinnen oder andere aufgabenspezifische Organisationen, wie der Schutzverband gegen Unwesen in der Wirtschaft und der Bundesvereinigung Deutscher Einkaufsverbände neben allgemeinen Mittelstandsverbänden, wie dem Bundesverband mittelständische Wirtschaft, oder branchenspezifischen Mittelstandsverbänden, wie dem Bundesverband mittelständischer Privatbrauereien.

Im Zusammenhang mit der zweiten Informationssammlungsphase sollten, wie schon erwähnt, die Verbandsexperten auch diejenigen Verbände identifizieren, die sowohl als mittelständische Interessenvertretungen fungieren als auch von Einfluß in der Mittelstandspolitik sind, d.h. es sollte das mittelstandspolitische Einflußnetzwerk bestimmt werden. Ihnen wurde dabei eine Liste mit den bereits erfaßten Interessenorganisationen vorgelegt. Die Frage dazu lautete folgendermaßen:

*Welche von den im Anhang aufgeführten Organisationen würden Sie als besonders einflußreiche und mittelstandsorientierte Interessenvertretung bezeichnen?*

Bei welchen Verbänden aus der Perspektive der Respondenten besonderer Einfluß bei der mittelständischen Interessenvertretung vermutet wurde, bzw. wie das mittelständische Einflußnetzwerk der Verbände auf Bundesebene in Deutschland aussieht, wird in Tabelle 7 wiedergegeben.

Gezeigt wird die Anzahl der Nennungen auf die Organisationen, der relative Anteil an den erhaltenen Nennungen, welchen die einzelnen Organisationen in bezug auf die insgesamt abgegebenen Nennungen erhalten haben sowie der relative Anteil an den Respondenten, die eine gültige Nennung abgeben haben.

Tabelle 7: Das mittelstandsbezogene Verbände-Einflußnetzwerk in der Bundesrepublik Deutschland 1990

Verbandsname	Anzahl der erhaltenen Einflußnennungen	Relativer Anteil an den insgesamt abgegebenen Experten-nennungen	relativer Anteil der Experten, die den Verband genannt haben
AWM	8	3,5	22,9
AMS	1	0,4	2,9
ASU	18	7,8	51,4
BDI	6	2,6	17,1

Fortsetzung Tabelle 7

Verbandsname	Anzahl der erhaltenen Einflußnennungen	Relativer Anteil an den insgesamt abgegebenen Experten-nennungen	relativer Anteil der Experten, die den Verband genannt haben
BVR	6	2,6	17,1
BFB	11	4,8	31,4
BDS	14	6,1	40,0
BGA	8	3,5	22,9
BdB	2	0,9	5,7
BJU	9	3,9	25,7
BVMW	1	0,4	2,9
BVMB	1	0,4	2,9
UNITI	2	0,9	5,7
BmP	1	0,4	2,9
BDA	5	2,2	14,3
BEV	1	0,4	2,9
CDH	4	1,7	11,4
DBV	1	0,4	2,9
DEHOGA	6	2,6	17,1
DIHT	12	5,2	34,3
DSGV	3	1,3	8,6
BVD	2	0,9	5,7
GDV	3	1,3	8,6
HDE	18	7,8	51,4
IGWV	1	0,4	2,9
IMM	1	0,4	2,9
MV	1	0,4	2,9
mid	1	0,4	2,9
RKW	1	0,4	2,9
UFB	1	0,4	2,9
UMU	1	0,4	2,9
VVC	1	0,4	2,9
VDR	1	0,4	2,9
VSG	2	0,9	5,7
VMU	2	0,9	5,7
VvU	2	0,9	5,7
WJD	4	1,7	11,4
ZAV	1	0,4	2,9
ZzBuW	2	0,9	5,7
ZDS	1	0,4	2,9
ZENTGENO	2	0,9	5,7
ZDH	24	10,4	68,6
AG MIT FDP	3	1,3	8,6
AGS	3	1,3	8,6
EMSU	4	1,7	11,4
MIT Inst. Bonn	4	1,7	11,4
MIT Inst. Niedersachsen	5	2,2	14,3
MIT	18	7,8	51,4
Verein zur Förd. der Wettbewerbsgesellschaft	1	0,4	2,9
Summen: 49 Organisationen	230	100,0	

n = 56 , 35 gültige Antworten

Quelle: Eigene Erhebung und Berechnung, Bundesrepublik Deutschland 1990

Danach haben die Experten von 35 Verbänden diese Fragestellung mit insgesamt 230 abgegebenen Einflußnennungen beantwortet. Durchschnittlich wurden somit sechs bis sieben Nennungen pro Respondent (Verband) abgegeben. Von den 56 als mittelstandspolitisch relevant erfaßten Verbänden wurden 42 Verbände auch als einflußreiche mittelständische Interessenvertretungen identifiziert, d.h. 14 der zunächst als mittelstandspolitisch relevant identifizierten Verbände wurden von keinem Experten als einflußreiche Mittelstandsvertretung bestätigt. Sieben der sonstigen Interessenorganisationen sind ebenfalls unter dem Aspekt einer einflußreichen mittelständischen Interessenvertretung genannt worden. Insgesamt sind 49 Interessenorganisationen unter diesem Aspekt benannt worden.

Auch in der Tabelle 7 sind die zentralen Verbände der deutschen Wirtschaft noch enthalten, allerdings mit einem deutlich unterschiedlichem Gewicht. Einige Interessenorganisationen ragen besonders heraus. In der folgenden Tabelle 8 sind die Verbände zusammengefaßt, die die meisten Nennungen als einflußreiche und mittelständische Interessenvertretungen bekommen haben.

Tabelle 8: Die zehn einflußreichsten Mittelstandsverbände in der Bundesrepublik 1990 nach der Anzahl der erhaltenen Einflußnennungen

Verbandsnamen	Anzahl der Nennungen
Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)	24
Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU)	18
Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE)	18
Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (MIT)	18
Bundesverband der Selbständigen (BDS)	14
Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT)	12
Bundesverband Freier Berufe (BFB)	11
Bundesverband Junger Unternehmer (BJU)	9
Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand (AWM)	8
Bundesverband des Groß- und Außenhandels (BGA)	8

Quelle: Eigene Erhebung und Berechnung, Bundesrepublik Deutschland 1990

Unter den zehn Verbänden mit den meisten Einflußnennungen bzw. der größten Einflußreputation für die Interessenvertretung des wirtschaftlichen Mittelstands befindet sich lediglich ein Interessenverband aus der Ausgangsbasis des Reputationsverfahrens in der ersten Verbändeliste, nämlich die Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand. Mit dem Zentralverband des Deutschen Handwerks, der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, dem Deutschen Industrie- und Handelstag und dem Bundesverband des Groß- und Außenhandels sind zentrale Spitzenverbände, die im Gemeinschaftsausschuß der

Deutschen Gewerblichen Wirtschaft zusammengeschlossen sind, unter die einflußreichsten Mittelstandsverbände benannt worden. Alle diese Verbände vertreten einen spezifischen Wirtschaftsbereich. Bei dem Bundesverband der Freien Berufe handelt es sich um einen Spitzenverband mit deutlich dienstleistungsspezifischer Ausrichtung. Mit der HDE und dem ZDH ist ein wesentlicher Teil des sogenannten 'alten Mittelstands' vertreten.

Mit der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU und der Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand liegen Organisationen vor, denen schon dem Namen entnommen der mittelständische Interessenvertretungsanspruch werden kann. Jedoch ist erstere nicht als Interessenverband in der hier zugrundegelegten Verbändedefinition zu verstehen, sondern sondern als eine unabhängige Parteiorganisation der CDU/CSU, und letztere konzentriert sich in erster Linie auf den Dienstleistungssektor. Die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer und der Bundesverband der Selbständigen (inzwischen: Bund der Selbständigen) sind dagegen allgemeine Selbständigenverbände wobei die explizite Mittelstandszuordnung in der Interessenvertretung bei dem Bund der Selbständigen deutlicher festzustellen ist, als dies bei der ASU der Fall ist. Beide Interessenorganisationen sind überregional und branchenübergreifend angelegt. Der Bundesverband Junger Unternehmer, der vornehmlich jüngere Unternehmer anspricht und damit besonders auch auf mittelständische Existenzgründer bezogen ist, ist eine Teilorganisation der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer.

Von den zehn hinsichtlich des Einflusses in bezug auf die mittelstandspolitisch übergreifende Interessenvertretung herausragenden Verbänden kommen somit insbesondere zwei Organisationen, die ASU und der BDS, in Betracht. Dem Deutschen Bauernverband, als die herausragende Organisation in der Landwirtschaft, wird im Zusammenhang mit Interessenvertretung des wirtschaftlichen Mittelstands keine hinsichtlich der Landwirtschaftspolitik entsprechende Position zugeordnet. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks wurde dagegen als die herausragende mittelstandspolitische Interessenvertretung eingestuft (zwei Drittel der Verbandsexperten nannten den ZDH als einflußreiche Mittelstandsinteressenvertretung).

## 12 Fazit

Die vorliegenden empirischen Befunde lassen sich hinsichtlich unterschiedlicher Dimensionen und Aspekte interpretieren. Hier soll abschließend nur noch einmal auf die Eingangs formulierte These von der Unterrepräsentanz des wirtschaftlichen Mittelstands im Verbändesystem der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Überprüfung Bezug genommen werden.

Angesichts der mit dem Reputationsansatz identifizierten Interessenverbände ist von einer Unterrepräsentanz im Verbändesystem der Bundesrepublik Deutschland oder gar einer verbandspolitischen Abstinenz mittelständischer Anliegen auf der bundespolitischen Ebene nicht auszugehen.

Bei den dominanten mittelstandspolitischen Verbänden handelt es sich allerdings um die Spitzenverbände bestimmter durch den Mittelstand geprägter Branchen und Wirtschaftssektoren (Einzelhandel, Handwerk, Freie Berufe) und nicht um Verbände, die die allgemeinen mittelstandsübergreifenden Interessen repräsentieren. Von den mittelstandsübergreifenden Interessenorganisationen, wie der Bundesverband mittelständische Wirtschaft, die Vereinigung Mittelständischer Unternehmer oder der Europaverband der Selbständigen CEDI Bundesverband Deutschland (BVD), wurde lediglich der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) und dem Bund der Selbständigen (BDS) ein verbandspolitisches Einflußgewicht beigemessen.

Insgesamt spiegelt sich auch auf dem Feld der mittelstandspolitischen Interessenvertretung die Heterogenität der Verbändelandschaft in der Bundesrepublik Deutschland wider. Rund 50 Interessenverbände sind als auf dem Gebiet der Interessenvertretung des wirtschaftlichen Mittelstands wirksame Organisationen mit dem hier vorgestellten Verfahren identifiziert worden. Deutlich wird auch, daß die Interessenvertretung des wirtschaftlichen Mittelstands nicht monolithisch durch eine zentrale Organisation, sondern durch ein Konglomerat unterschiedlicher Verbände und Organisationen bewerkstelligt wird. Diese Organisationen sind auf verschiedenen Ebenen und Dimensionen miteinander verbunden (z.B. Zusammenarbeit, Informationsaustausch, Unterstützung etc.). Auch Konkurrenzbeziehungen sind dabei in Betracht zu ziehen, z.B. insoweit sie um die gleiche potentielle Unternehmerschaft als Mitglieder werben.

Die Analyse dieses Beziehungsgeflechts dürfte weitere Aufschlüsse über die Struktur der interessenpolitischen Mittelstandsvertretung geben. Insbesondere die Spitzenverbände unter den erfaßten Organisationen repräsentieren eine noch erhebliche Anzahl von weiteren ihnen unmittelbar und mittelbar angeschlossenen Interessenorganisationen. Die organisierte Interessenvertretung des wirtschaftlichen Mittelstands zeigt sich als soziales bzw. politisches Netzwerk verschiedener Organisationen, die in unterschiedlicher Weise miteinander mehr oder weniger intensiv verbunden sind.

Inwieweit es sich um ein arbeitsteiliges soziales System der Interessenvertretung oder eine zersplitterte Verbandslandschaft handelt, ist empirisch noch klärungsbedürftig. Inwieweit dieses Verbändesystem als politisches Netzwerk fungiert ist im Bereich der Verbändeforschung auch deswegen von Interesse, weil vermutet werden kann, daß aus den unterschiedlichen Beziehungsmustern auch unterschiedliche politische Problemlösungen und Entscheidungsprozesse resultieren können. Der politische Output kann mit anderen Worten durch die sozialen und politischen Netzwerke erheblich beeinflußt werden. Das Konzept der politischen Netzwerke, welches hier erstmals in bezug auf die organisierte Interessenvertretung des wirtschaftlichen Mittelstands herangezogen wurde, ist aber auch deshalb für die empirische Verbändeforschung von Bedeutung, weil es eine unmittelbare Schnittstelle zwischen der empirischen Analyse von Verbändesystemen und theoretischen Modellen bietet. Insbesondere

die Verknüpfung mit austauschtheoretischen und systemtheoretischen Ansätzen bietet sich diesbezüglich an. Insofern stellt der hier erfolgte Einsatz dieses Konzeptes nur ein Anwendungsbeispiel zur Erfassung von auf ein bestimmtes Politikfeld bezogener Verbände dar.



## Literaturverzeichnis

- Alemann U.v., Heinze, R.G.; 1981a: 'Kooperativer Staat und Korporatismus: Dimensionen der Neokorporatismusdiskussion', in: Alemann U.v. (Hrsg.): Neokorporatismus. Campus. Frankfurt a.M.. 43 - 61.
- Alemann U.v., Heinze R.G.; 1981b: Verbände und Staat. Westdeutscher Verlag (2. Aufl.). Opladen.
- Alemann U.v., Frondran E. (Hrsg.); 1983: Interessenvermittlung und Politik. Interesse als Grundbegriff sozialwissenschaftlicher Lehre und Analyse. Westdeutscher Verlag. Opladen.
- Alemann U.v.; 1989: Organisierte Interessen in der Bundesrepublik,. Leske + Budrich (2. Aufl.). Opladen.
- Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (Hrsg.); 1992: Jahresbericht 1992. Bonn.
- Barnes B.; 1988: The Nature of Power. Polity Press. Cambridge, Oxford.
- Barry B.M.; 1975: Neue Politische Ökonomie. Campus. Frankfurt, New York.
- Bentley A.; 1908: The Process of Government. Chicago.
- Berg-Schlosser D., Müller-Rommel F. (Hrsg.); 1987: Vergleichende Politikwissenschaft. Leske + Budrich. Opladen.
- Bernholz P.; 1969: 'Einige Bemerkungen zur Theorie des Einflusses der Verbände auf die politische Willensbildung in der Demokratie', in: Blümle E.B., Schwartz P. (Hrsg.), 1985: Wirtschaftsverbände und ihre Funktionen. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 188 - 200.
- Bernholz P., Breyer F.; 1984: Grundlagen der Politischen Ökonomie. J.C.B. Mohr (2. Aufl.). Tübingen.
- Bethusy-Huc V.; 1976: 'Vorschläge zur Kontrolle des Verbandseinflusses im Parlamentaristischen Regierungssystem', in: Dettling W. (Hrsg.): Macht der Verbände - Ohnmacht der Demokratie? Günter Olzog Verlag. München, Wien. 221 - 236.
- Beyme K.v.; 1980: Interessengruppen in der Demokratie. Piper (6. Aufl.). München.
- Blau P.M.; 1964: Exchange and Power in Social Life. John Wiley & Sons. New York u.a.
- Blümle E.B.; 1977: 'Verbände als Instrumente der Unternehmungsentwicklung', in: Blümle E.B., Schwartz P. (Hrsg.); 1985: Wirtschaftsverbände und ihre Funktionen. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 408 - 427.
- Blümle E.B., Schwartz P. (Hrsg.); 1985: Wirtschaftsverbände und ihre Funktionen. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt.
- Böckenförde E.W.; 1977: 'Die politische Funktion wirtschaftlich-sozialer Verbände und Interessenträger in der sozialstaatlichen Demokratie', in: Steinberg R. (Hrsg.); 1985: Staat und Verbände. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 305 - 340.
- Böltken, F., 1976: Auswahlverfahren. Teubner. Stuttgart.

- Breitling R.; 1960: 'Die zentralen Begriffe der Verbandforschung', in: Blümle E.B., Schwartz P. (Hrsg.); 1985: *Wirtschaftsverbände und ihre Funktionen*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 32 - 71.
- Brinkmann H.U.; 1984: *Public Interest Groups im politischen System der U.S.A.*. Leske Verlag. Leverkusen.
- Brunowsky R.D.; 1989: 'Macht der Verbände: Ist die Politik ohnmächtig?', in: *Das Parlament*, Nr. 20. 32 - 33.
- Buchholz E.H.; 1963: 'Verbandforschung in Deutschland', in: Blümle E.B., Schwartz P. (Hrsg.); 1985: *Wirtschaftsverbände und ihre Funktionen*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 95 - 104.
- Buchholz E.H.; 1969: *Wirtschaftsverbände in der Wirtschaftsgesellschaft*. J.C.B. Mohr. Tübingen.
- Buchholz E.H.; 1970: *Interessen, Gruppen, Interessengruppen*. J.C.B. Mohr. Tübingen.
- Bund Selbständiger Unternehmer (Hrsg.); 1992: *Jahrbuch 1991/92*. Bonn.
- Bundesminister der Justiz (Hrsg.); mehrere Jg. 1974-1992: *Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern*. Bundesanzeiger. Bonn.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), 1987: 'Interessenverbände und Interessengruppen', in: *Informationen zur politischen Bildung* Nr. 217.
- Burt, R.S., Minor M.J. (Hrsg.); 1983: *Applied Network Analysis*. Sage Publications. London, Beverly Hills, New Delhi.
- Büschges G.; 1976: *Organisation und Herrschaft*. Rowohlt. Hamburg.
- Büschges G., Lütke-Bornefeld P.; 1977: *Praktische Organisationsforschung*. Rowohlt. Hamburg.
- Büschges G., Raub W. (Hrsg.); 1985: *Soziale Bedingungen - Individuelles Handeln- Soziale Konsequenzen*. Verlag Peter Lang. Frankfurt a.M..
- Burrell G., Morgan G.; 1985: *Sociological Paradigms and Organisational Analyses*. Gower Publishing Company. Aldershot.
- Coleman J.S.; 1958: *Rational Analysis: The study of social organizations with survey methods*. *Human Organization* 17. 28 - 36.
- Coleman W.D.; 1986: *Individual interests and collective action*. Cambridge University Press. Cambridge u.a.
- Coleman W.D.; 1988: *Business and Politics. A Study of Collective Action*. Cambridge University Press. Cambridge u.a.
- Cook K.S. (edt.); 1987: *Social Exchange Theory*. Sage Publications. Newbury Park u.a.
- Detting W.; 1978: *Verbände - Strukturelement einer freiheitlichen Demokratie*. Deutscher Instituts-Verlag. Köln.
- Domhoff G.W., Dye Th. R. (eds.); 1987: *Power elites and Organizations*. Sage Publications. Newbury Park u.a.

- Doss, H.; 1985: MIT-Jahrbuch. Bonn.
- Downs A.; 1968: Ökonomische Theorie der Demokratie. J.C.B. Mohr. Tübingen.
- Dubs A.; 1988: Lobbying an Insider's Guide to the Parliamentary Process. Pluto Press. London.
- Eichner V., Kleinfeld R., Pollock D. u.a. (Hrsg.); 1992: Organisierte Interessen in Ostdeutschland. Metropolis Verlag.
- Ellwein Th.; 1973: 'Die großen Interessenverbände und ihr Einfluß', in: Blümle E.B., Schwartz P. (Hrsg.); 1985: Wirtschaftsverbände und ihre Funktionen. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt.
- Eschenburg T.; 1956: Herrschaft und Verbände. Deutsche Verlags-Anstalt. Stuttgart.
- Fraenkel E.; 1974: Deutschland und die westlichen Demokratien. Kohlhammer Verlag (6. Auflg.). Stuttgart u.a.
- Frechen R.; 1972: Mittelstandspolitik als Wettbewerbs- oder Strukturpolitik? Kölner Universitäts-Verlag. Köln.
- Freeman, L.C., White D.R., Romney A.K.; 1989: Research Methods in Social Network Analysis. George Mason University Press. Fairfax. Virginia.
- Gabler S.; 1992: 'Schneeballverfahren und verwandte Stichprobendesigns', in: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) (Hrsg.); 1992: Nachrichten 31. Mannheim. 47 - 69.
- Gantzel K.J.; 1962: Wesen und Begriff der mittelständischen Unternehmung. Opladen, Köln.
- Gellner B.; 1968: Wird die kleine und mittlere industrielle Unternehmung diskriminiert? Duncker & Humblot. Berlin.
- Grochla E.; 1969: 'Verbandsorganisation', in: Blümle E.-B., Schwartz P. (Hrsg.); 1985: Wirtschaftsverbände und ihre Funktionen. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 176 - 187.
- Groser M.; 1976: 'Sozialökonomische Theorien der Verbände', in: Dettling W. (Hrsg.): Macht der Verbände - Ohnmacht der Demokratie? Günter Olzog Verlag. München, Wien. 81 - 104.
- Groser M.; 1979: Grundlagen der Tauschtheorie des Verbandes. Dunker & Humblot. Berlin.
- Groser, M.; 1992: 'Verbände im vereinten Deutschland', in: Sonde 1/92. 15 - 24.
- Gruner E.; 1959: 'Zur Theorie und Geschichte der Interessenverbände', in: Blümle E.-B., Schwartz P. (Hrsg.); 1985: Wirtschaftsverbände und ihre Funktionen. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 17 - 31.
- Hage J.; 1980: Theories of Organizations. John Wiley & Sons. New York, Chichester, Brisbane.
- Hall R.H.; 1982: Organizations: Structure And Process. Prentice-Hall (3rd eds.). New Jersey.
- Halle A.; 1987: Politik im Netzwerk. Wisslit Verlag. Konstanz.
- Hartmann J.; 1985: Verbände in der westlichen Industriegesellschaft. Ein international vergleichendes Handbuch. Campus Verlag. Frankfurt a.M., New York.

- Heinze R.G.; 1981: 'Neokorporatistische Strategien in Politikarenen und die Herausforderung durch neue Konfliktpotentiale', in: Alemann U.v. (Hrsg.): Neokorporatismus. Campus. Frankfurt a.M., New York. 137 - 157.
- Hennis W.; 1961: 'Verfassungsordnung und Verbandseinfluß', in: Steinberg R. (Hrsg.); 1985: Staat und Verbände. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 77 - 96.
- Herder-Dorneich Ph. (Hrsg.); 1973a: Zur Verbandsökonomik. Ansätze zu einer ökonomischen Theorie der Verbände. Duncker & Humblot. Berlin.
- Herder-Dorneich Ph.; 1976: 'Ordnungspolitik der Verbände im Steuerungsdefizit des tertiären Sektors', in: Dettling W. (Hrsg.): Macht der Verbände - Ohnmacht der Demokratie? Günter Olzog Verlag. München, Wien. 162 - 188.
- Herzog R.; 1976: 'Das Verbandswesen im modernen Staat', in: Dettling W. (Hrsg.): Macht der Verbände - Ohnmacht der Demokratie? Günter Olzog Verlag. München, Wien. 69-80.
- Hirschman A.; 1974: Abwanderung und Widerspruch. J.C.B. Mohr. Tübingen.
- Hoppenstedt & Co Verlag (Hrsg.); 1992: Verbände, Behörden, Organisationen der Wirtschaft 1992. Verlag Hoppenstedt & Co. Darmstadt, Berlin, Brüssel u.a.
- Huber H.; 1954: 'Die Umwälzungen im Staatsgefüge durch die Verbände', in: Steinberg R. (Hrsg.); 1985: Staat und Verbände. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 58 -63.
- Hummel, H.J.; 1972: Probleme der Mehrebenenanalyse. Teubner. Stuttgart.
- Ippolito D.S., Walker Th.G.; 1980: Political Parties, Interest Groups and Public Policy: Group Influence in American Politics. Prentice-Hall. Englewood Cliffs, New Jersey.
- Jäkel E.; 1978: Die deutschen Industrie- und Handelskammern und der Deutsche Industrie- und Handelstag. Droste Verlag (2. Aufl.). Düsseldorf.
- Jensen S.; 1983: Systemtheorie. Kohlhammer Verlag. Stuttgart.
- Kaiser J.H.; 1978: Die Repräsentation organisierter Interessen. Duncker & Humblot (2. Aufl.). Berlin.
- Kastendiek H.; 1981: 'Die Selbstblockierung der Korporatismus-Diskussion: Teilproblematik der gesellschaftlichen Politikorganisation und gesellschafts-politische Entproblematik korporativer Strukturen und Strategien', in: Alemann U.v. (Hrsg.): Neokorporatismus. Campus. Frankfurt a.M.. 92 - 116.
- Keller B.; 1988: 'Olsons 'Logik des kollektiven Handelns'. Entwicklung, Kritik - und eine Alternative', in: Politische Vierteljahresschrift. Heft 3. Westdeutscher Verlag. Opladen. 388 - 406.
- Keller B.; 1990: 'Interessenorganisation und Interessenvermittlung', in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Westdeutscher Verlag. 42. Jg. Bd. 3. 502 - 524.
- Kennis, Schneider; 1991: 'Policy Networks and Policy Analysis: Scrutinizing a New Analytical Toolbox', in: Marin B., Mayntz R. (Hrsg.): Policy Networks. Empirical Evidence and Theoretical Considerations. Campus Verlag. Frankfurt a.M.

- Kevenhörster P.; 1976: 'Kollektive Güter und organisierte Interessen', in: Dettling W. (Hrsg.): Macht der Verbände - Ohnmacht der Demokratie? Günter Olzog Verlag. München, Wien. 189 - 220.
- Kirsch G.; 1974: Die Betroffenen und die Beteiligten. Franz Ehrenwirth Verlag. München.
- Kirsch G.; 1983: Neue Politische Ökonomie. Werner-Verlag (2. Aufl.). Düsseldorf.
- Knoke D.; 1988: 'Incentives in Collective Action Organizations', in: American Sociological Review. Vol 59 No. 3. 311 - 330.
- Knoke D.; 1990: Political Networks. The Structural Perspective. Cambridge University Press. Cambridge, New York, Port Chester u.a.
- Konrad Chr., 1991: Der Mittelstand in der politischen Willensbildung. Inauguraldissertation. Bonn.
- Kröll F.; 1987: Vereine im Lebensalltag einer Großstadt am Beispiel Nürnberg. Marburg.
- Krüger H.; 1966: 'Die Verbände', in: Steinberg R. (Hrsg.); 1985: Staat und Verbände. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 118 - 142.
- Laumann E.O., Knoke D.; 1987: The Organizational State. The University of Wisconsin Press. Madison, Wisconsin.
- Lehmann H.; 1980: 'Stand und Entwicklung der Organisationsforschung im Hinblick auf die Verbände', in: Blümle E.-B., Schwartz P. (Hrsg.); 1985: Wirtschaftsverbände und ihre Funktionen. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 455 - 478.
- Lehmbruch G.; 1984: 'Interorganisatorische Verflechtungen im Neokorporatismus', in: Falter J.W., Fenner Chr., Greven M.Th. (Hrsg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung. Westdeutscher Verlag. Opladen. 467 - 482.
- Lehner F.; 1981: Einführung in die Neue Politische Ökonomie. Athenäum. Königstein/TS.
- Leibholz G.; 1974: 'Gesellschaftsordnung, Verbände, Staatsordnung', in: Steinberg R. (Hrsg.); 1985: Staat und Verbände. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 97-117.
- Lowi T.; 1967: 'The Public Philosophy: Interest-Group Liberalism', in: Steinberg R. (Hrsg.); 1985: Staat und Verbände. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 180-207.
- Luhmann N.; 1976: 'A general Theory of organized Social Systems Theory', in: Hofstede G.; Kassen M.S. (eds): European contributions to organization Theory. Van Gorcum. Assen, Amsterdam. 96 - 113.
- Mayntz R.; 1992: 'Interessenverbände und Gemeinwohl - Die Verbändestudie der Bertelsmann Stiftung', in: Mayntz R. (Hrsg.); 1992: Verbände zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl. Verlag Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. 11-35.
- Massing P.; 1985: 'Interessen', in: Nohlen D. (Hrsg.): Pipers Wörterbuch zur Politik. Piper. 384 - 387.
- Mikus R.; 1976: 'Probleme gesamtgesellschaftlicher Planung in der Demokratie', in: Dettling W. (Hrsg.): Macht der Verbände - Ohnmacht der Demokratie? Günter Olzog Verlag. München Wien. 124 - 161.
- Milibrand R.; 1972: Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft. Frankfurt a.M..
- Mills, C.W.; 1958: The Power Elite. New York.

- Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (Hrsg.); 1990: Wirtschaftlich ein Riese, politisch ein Zwerg. MIT-Magazin 3/90. 36 -37.
- Moe T.M.; 1980: The Organisation of Interests. the University of Chicago Press. Chicago.
- Morawetz I.; 1986: Die verborgene Macht. Campus Verlag. Frankfurt a.M., New York.
- Moyser, G., Wagstaffe, M. (eds.); 1987: Research Methods for Elite Studies. Allen & Unwin. Boston, Sydney, Wellington.
- Müller E.-P.; 1988: 'Interessen der Sozialpartner im XI Deutschen Bundestag', in: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Westdeutscher Verlag. 187 - 196.
- Müller E.-P.; 1992: 'Wirtschaftliche und soziale Interessen im XII. Deutschen Bundestag', in: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Westdeutscher Verlag.
- Müller-Rommel F., 1988: 'Interessengruppenvertretung im Deutschen Bundestag', in: Thaysen U., Davidson R.H., Livingston R.G (Hrsg.); 1988: US-Kongress und Deutscher Bundestag. Westdeutscher Verlag. Opladen. 300 - 324.
- Naschold F.; 1969: Organisation und Demokratie. Stuttgart.
- Naujoks W.; 1975: Unternehmensgrößenbezogene Strukturpolitik und gewerblicher Mittelstand. Verlag Otto Schwartz & Co. Göttingen.
- Nocken U.; 1981: 'Korporatistische Theorien und Strukturen in der deutschen Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts', in: Alemann U.v. (Hrsg.): Neokorporatismus. Campus. Frankfurt a.M., New York. 17 -43.
- Oeckl A. (Hrsg.); 1992: Taschenbuch des öffentlichen Lebens Deutschland. Festland Verlag Bonn, 1992/93 42. Jg. Bonn.
- Offe C.; 1981: 'The attribution of public status to interest groups: observations of the West German case', in: Berger, S. (ed.): Organizing Interests in western Europe. Cambridge University Press. Cambridge. 123 - 158.
- Olson M.; 1982: The Rise and Decline of Nations. Yale University Press. New Haven, London.
- Olson M.; 1985: Die Logik kollektiven Handelns. J.C.B. Mohr (2. Aufl.). Tübingen.
- Opp K.-D.; 1979: Individualistische Sozialwissenschaft. F. Enke Verlag. Stuttgart.
- Pappi F.U., Kappelhoff P.; 1984: 'Abhängigkeit, Tausch und kollektive Entscheidung in einer Gemeindeelite', in: Zeitschrift für Soziologie. F. Enke Verlag. Stuttgart. 87-117.
- Popper K.; 1989: Logik der Forschung. J.C.B. Mohr (9 Aufl.). Tübingen.
- Raschke P.; 1978: Vereine und Verbände in der BRD. Juventa Verlag. München.
- Raub W.; 1984: Rationale Akteure, institutionelle Regelungen und Interdependenzen. Peter Lang. Frankfurt a.M..
- Raub W., Voss T.; 1986: 'Die Sozialstruktur der Kooperation rationaler Egoisten', in: Zeitschrift für Soziologie. F. Enke Verlag. Stuttgart. 309 - 323.
- Reif K.; 1987: 'Vergleichende Parteien- und Verbändeforschung', in: Berg-Schlosser D., Müller-Rommel F. (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Leske Verlag. Opladen. 151-167.

- Rudzio W.; 1977: Die organisierte Demokratie - Parteien und Verbände in der Bundesrepublik. Carl Ernst Poeschel. Stuttgart.
- Rudzio W.; 1983: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. UTB Leske. Opladen.
- Russel H.; 1982: Collective Action. The Johns Hopkins University Press. Baltimore, London.
- Sahner H.; 1988: Die Interessenverbände in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Klassifikationssystem zu ihrer Erfassung. Arbeitsberichte des Fachbereiches Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Hochschule Lüneburg. Lüneburg.
- Sahner H.; 1991: Datenbank: Die Lobby-Listen des Deutschen Bundestages. Lüneburg.
- Sahner H.; 1993: 'Vereine und Verbände in der modernen Gesellschaft', in: Best H. (Hrsg.): Vereine in Deutschland. Informationszentrum Sozialwissenschaften. Bonn. 11- 118.
- Scheuner U.; 1965: 'Politische Repräsentation und Interessenvertretung', in: Steinberg (Hrsg.); 1985: Staat und Verbände. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 143-155.
- Schmidt M.; 1988: Ziele und Instrumente der Mittelstandspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln. Köln.
- Schmitter P.C.; 1981: 'Interest intermediation and regime governability in contemporary Western Europe and North America', in: Berger S. (ed.): Organizing Interests in Western Europe. Cambridge University Press. Cambridge. 287-330.
- Schneider F.; 1985: Der Einfluß von Interessengruppen auf die Wirtschaftspolitik. Paul Haupt. Bern, Stuttgart.
- Schneider H.; 1979: Die Interessenverbände. Günter Olzog Verlag (5 Auflg.). München, Wien.
- Schubert K.; 1989: Interessenvermittlung und staatliche Regulation. Westdeutscher Verlag. Opladen.
- Schubert K.; 1991: Politikfeldanalyse. Eine Einführung. Leske + Budrich. Opladen.
- Schwartz, P., 1992: Management in Nonprofit Organisationen. Verlag Paul Haupt. Bern, Stuttgart, Wien.
- Scott W.R.; 1987: Organizations: Rational, Natural, and Open Systems. Prentice-Hall (2. Auflg.). New Jersey.
- Simon W.; 1976: Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände BDI, BDA und DIHT. Pahl-Rugenstein Verlag. Köln.
- Smelser N.J.; 1972: Theorie des kollektiven Verhaltens. Kiepenheuer & Witsch. Köln.
- Spary P.; 1965: Das Gegengewichtsprinzip. Dargestellt am Beispiel der Gewerkschaften. Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen e.V.. Bonn.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1991: Statistisches Jahrbuch 1992. Metzler Poeschel. Wiesbaden.
- Teubner G., 1978: Organisationsdemokratie und Verbandsverfassung. J.C.B. Mohr. Tübingen.

- Teubner G., 1979: 'Neokorporatistische Strategien rechtlicher Organisationssteuerung: Staatliche Strukturvorgaben für die gesellschaftliche Verarbeitung politischer Konflikte', in: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Heft 4. 487-502.
- Trapp M.; 1986: 'Utilitaristische Konzepte in der Soziologie: eine soziologische Kritik von Homans bis zur Neuen Politischen Ökonomie', in: Zeitschrift für Soziologie. F. Enke. Stuttgart. 324-340.
- Traxler F., 1986: Interessenverbände der Unternehmer. Campus. Frankfurt a.M, New York.
- Traxler F., Vobruda G.; 1987: 'Selbststeuerung als funktionales Äquivalent zum Recht?', in: Zeitschrift für Soziologie. F. Enke. Stuttgart. 3-15.
- Truman D.B.; 1951: The Governmental Process. New York.
- Truman D.B.; 1968: 'Group Politics and Representative Democracy', in: Steinberg R. (Hrsg.); 1985: Staat und Verbände. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 17-57.
- Tuchtfeldt E.; 1962: 'Bemerkungen zur Verbandsdiskussion', in: Blümle E.-B., Schwartz P. (Hrsg.); 1985: Wirtschaftsverbände und ihre Funktionen. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 72-94.
- Ullmann H.-P.; 1988: Interessenverbände in Deutschland. Suhrkamp. Frankfurt a.M..
- Vanberg V.; 1982: Markt und Organisation. J.C.B. Mohr. Tübingen.
- Vieler A.; 1986: Interessen, Gruppen und Demokratie. J.C.B. Mohr. Tübingen.
- Vobruda G.; 1992: 'Wirtschaftsverbände und Gemeinwohl', in: Mayntz R. (Hrsg.); 1992: Verbände zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl. Verlag Bertelsmann Stiftung. Gütersloh. 80 - 121
- Voss Th.; 1985: Rationale Akteure und soziale Institutionen. Oldenburg. München.
- Weber H.; 1987: Unternehmerverbände zwischen Markt, Staat und Gewerkschaften. Campus. Frankfurt, New York.
- Weber J.; 1977: Die Interessengruppen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Kohlhammer. Stuttgart u.a..
- Weber J.; 1985: 'Verbändeforschung', in: Nohlen D. (Hrsg.): Pipers Wörterbuch zur Politik. Piper. München, Zürich. 1059-1062.
- Weippert G.; 1964: 'Zum Verständnis der verbandsstrukturierten Gesellschaft', in: Blümle E.-B., Schwartz P. (Hrsg.); 1985: Wirtschaftsverbände und ihre Funktionen. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 105-131.
- Werner J.; 1965: 'Wirtschaftsverbände', in: Blümle E.-B., Schwartz P. (Hrsg.); 1985: Wirtschaftsverbände und ihre Funktionen. Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Darmstadt. 132-150.
- Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln (Hrsg.); 1991: ALLBUS Basisumfrage 1991 in Gesamtdeutschland. Codebuch ZA-Nr. 1990. Köln, Mannheim.
- Zimmer A., Nährlich St.; 1992: Unter Vereinsmeiern, Lokalmatadoren und Alternativos. Projektbericht der Kasseler Vereinsstudie. Kassel.



# Forschungsinstitut Freie Berufe (FFB), Universität Lüneburg

## Publikationen

### 1 FFB-Jahresberichte

FFB-Jahresbericht 2003/04, FFB-Jahresbericht 2001/02, FFB-Jahresbericht 1999/00, FFB-Jahresbericht 1997/98, FFB-Jahresbericht 1996, FFB-Jahresbericht 1995, FFB-Jahresbericht 1994, FFB-Jahresbericht 1993, FFB-Jahresbericht 1992, FFB-Jahresbericht 1991, FFB: 10 Jahre Forschung und Lehre 1989-1999, FFB-Forschung und Lehre 1989-1998, FFB-Forschung und Lehre 1989-1997, FFB-Forschung und Lehre 1989-1996.

### 2 FFB-Bücher in der FFB-Schriftenreihe

Ehling, M. und J. Merz, 2002, Neue Technologien in der Umfrageforschung, FFB-Schriften Nr. 14, 181 Seiten, ISBN 3-7890-8241-4, NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. *Preis: € 31,-*

Merz, J., 2002, Freie Berufe im Wandel der Märkte, FFB-Schriften Nr. 13, 168 Seiten, ISBN 3-7890-8107-8, NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. *Preis: € 29,-*

Merz, J., 2001, Existenzgründung 2 – Erfolgsfaktoren und Rahmenbedingungen, FFB-Schriften Nr. 12, 232 Seiten, ISBN 3-7890-7462-4, NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. *Preis: € 40,- / € 71,- (i. Vb. mit Band 1)*

Merz, J., 2001, Existenzgründung 1 – Tips, Training und Erfahrung, FFB-Schriften Nr. 11, 246 Seiten, ISBN 3-7890-7461-6, NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. *Preis: € 40,- / € 71,- (i. Vb. mit Band 2)*

Merz, J. und M. Ehling, 1999, Time Use – Research, Data and Policy, FFB-Schriften Nr. 10, 571 Seiten, ISBN 3-7890-6244-8, NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. *Preis: € 49,-*

Herrmann, H. und J. Backhaus, 1998, Staatlich gebundene Freiberufe im Wandel, FFB-Schriften Nr. 9, 234 Seiten, ISBN 3-7890-5319-8, NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. *Preis: € 34,-*

Herrmann, H., 1996, Recht der Kammern und Verbände Freier Berufe, Europäischer Ländervergleich und USA, FFB-Schriften Nr. 8, 596 Seiten, ISBN 3-7890-4545-4, NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. *Preis: € 56,-*

Merz, J., Rauberger, T. K. und A. Rönnau, 1994, Freie Berufe in Rheinland-Pfalz und in der Bundesrepublik Deutschland – Struktur, Entwicklung und wirtschaftliche Bedeutung, FFB-Schriften Nr. 7, 948 Seiten, ISBN 3-927816-27-2, Lüneburg. *Preis: € 95,-*

Forschungsinstitut Freie Berufe (FFB) (Hrsg.), erstellt vom Zentrum zur Dokumentation für Naturheilverfahren e.V. (ZDN), 1992, 1993, Dokumentation der besonderen Therapierichtungen und natürlichen Heilweisen in Europa, Bd. I, 1. Halbband, 842 Seiten, Bd. I, 2. Halbband, 399 Seiten, Bd. II, 590 Seiten, Bd. III, 272 Seiten, Bd. IV, 419 Seiten, Bd. V, 1. Halbband, 706 Seiten, Bd. V, 2. Halbband, 620 Seiten, ISBN 3-88699-025-7, Lüneburg (nur zu beziehen über das Zentrum zur Dokumentation für Naturheilverfahren e.V. ZDN, Hufelandstraße 56, 45147 Essen, Tel.: 0201-74551). *Preis: € 385,-*

Sahner, H. und A. Rönnau, 1991, Freie Heilberufe und Gesundheitsberufe in Deutschland, FFB-Schriften Nr. 6, 653 Seiten, ISBN 3-927816-11-6, Lüneburg. *Preis: € 58,-*

Burmester, B., 1991, Ausbildungsvergleich von Sprachtherapeuten, FFB-Schriften Nr. 5, 54 Seiten, ISBN 3-927816-10-8, Lüneburg. *Preis: € 9,-*

Sahner, H., 1991, Freie Berufe in der DDR und in den neuen Bundesländern, FFB-Schriften Nr. 4, 177 Seiten, ISBN 3-927816-09-4, Lüneburg. *Preis: € 25,-*

Trautwein, H.-M., Donner, H., Semler, V. und J. Richter, 1991, Zur tariflichen Berücksichtigung der Ausbildung, der Bereitstellung von Spitzenlastreserven und der Absicherung von Beschäftigungsrisiken bei Seelotsen, mit dem Anhang Steuerliche Aspekte des tariflichen Normaleinkommens der Seelotsen, FFB-Schriften Nr. 3, 183 Seiten, ISBN 3-927816-07-8, Lüneburg. *Preis: € 19,-*

Sahner, H. und F. Thiemann, 1990, Zukunft der Naturheilmittel in Europa in Gefahr? FFB-Schriften Nr. 2, 81 Seiten, ISBN 3-927816-06-X, Lüneburg. *Preis: € 6,-*

Sahner, H., Herrmann, H., Rönnau, A. und H.-M. Trautwein, 1989, Zur Lage der Freien Berufe 1989, Teil III, FFB-Schriften Nr. 1, 167 Seiten, ISBN 3-927816-04-3, Lüneburg. *Preis: € 25,-*

Sahner, H., Herrmann, H., Rönnau, A. und H.-M. Trautwein, 1989, Zur Lage der Freien Berufe 1989, Teil II, FFB-Schriften Nr. 1, 955 Seiten, ISBN 3-927816-02-7, Lüneburg.

*Preis: € 20,- / € 35,- (i. Vb. mit Teil I)*

Sahner, H., Herrmann, H., Rönnau, A. und H.-M. Trautwein, 1989, Zur Lage der Freien Berufe 1989, Teil I, FFB-Schriften Nr. 1, 426 Seiten, ISBN 3-927816-01-9, Lüneburg.

*Preis: € 20,- / € 35,- (i. Vb. mit Teil II)*

### **3 FFB-Bücher**

Merz, J., D. Hirschel und M. Zwick, 2005, Struktur und Verteilung hoher Einkommen - Mikroanalysen auf der Basis der Einkommensteuerstatistik, Lebenslagen in Deutschland, Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Berlin (<http://www.bmgs.bund.de/download/broschueren/A341.pdf>)

Merz, J. und J. Wagner (Hrg.), 2004, Perspektiven der Mittelstandsforschung – Ökonomische Analysen zu Selbständigkeit, Freien Berufen und KMU, Merz, J., Schulte, R. and J. Wagner (Series Eds.), Entrepreneurship, Professions, Small Business Economics, CREPS-Schriftenreihe Vol. 1, 520 Seiten, Lit Verlag, ISBN 3-8258-8179-2, Münster. *Preis: € 39,90*

Merz, J. und M. Zwick (Hrg.), 2004, MIKAS – Mikroanalysen und amtliche Statistik, Statistisches Bundesamt (Serie Editor), Statistik und Wissenschaft, Vol. 1, 318 Seiten, ISBN 3-8246-0725-5, Wiesbaden

*Preis: € 24,80*

Hirschel, D., 2004, Einkommensreichtum und seine Ursachen – Die Bestimmungsfaktoren hoher Arbeitseinkommen, Hochschulschriften Band 82, 416 Seiten, Metropolis-Verlag Marburg, ISBN 3-89518-441-1.

Merz, J., 2001, Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung, Lebenslagen in Deutschland, Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 128 Seiten, Bonn, zu beziehen über: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Südstraße 119, 53175 Bonn.

Ehling, M. und J. Merz u. a., 2001, Zeitbudget in Deutschland – Erfahrungsberichte der Wissenschaft, Band 17 der Schriftenreihe Spektrum Bundesstatistik, 248 Seiten, Metzler-Poeschel Verlag, ISBN 3-8246-0645-3, Stuttgart. *Preis: € 16,-*

Krickhahn, T., 1995, Die Verbände des wirtschaftlichen Mittelstands in Deutschland, 351 Seiten, DUV Deutscher Universitäts Verlag, ISBN 3-8244-0245-9, Wiesbaden. *Preis: € 62,-*

Spahn, P. B., Galler, H. P., Kaiser, H., Kassella, T. und J. Merz, 1992, Mikrosimulation in der Steuerpolitik, 279 Seiten, Springer Verlag, ISBN 3-7908-0611-0, Berlin. *Preis: € 45,-*

### **4 FFB-Reprints**

Merz, J., Kumulation von Mikrodaten – Konzeptionelle Grundlagen und ein Vorschlag zur Realisierung,; in: Allgemeines Statistisches Archiv, Issue 88, S. 451-472, 2004 **FFB-Reprint Nr. 35**

Merz, J., Einkommens-Reichtum in Deutschland - Mikroanalytische Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik für Selbständige und abhängig Beschäftigte, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Vol. 5, Issue 2, S. 105-126, 2004 **FFB-Reprint Nr. 34**

Merz, J., Vorgrimler, D. und M. Zwick, Faktisch anonymisiertes Mikrodatenfile der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1998, in: Wirtschaft und Statistik, Issue 10, S. 1079-1091, 2004

**FFB-Reprint Nr. 33**

Ackermann, D., Merz, J. and H. Stolze, Erfolg und Erfolgsfaktoren freiberuflich tätiger Ärzte – Ergebnisse der FFB-Ärzteumfrage für Niedersachsen, in: Merz, J. and J. Wagner (Eds.), Perspektiven der Mittelstandsforschung – Ökonomische Analysen zu Selbständigkeit, Freien Berufen und KMU, Merz, J., Schulte, R. and J. Wagner (Series Eds.), Entrepreneurship, Professions, Small Business Economics, CREPS-Schriftenreihe Vol. 1, Lit Verlag, Münster, pp. 165-190, 2004 **FFB-Reprint Nr. 32**

- Hirschel, D. und J. Merz, Was erklärt hohe Arbeitseinkommen Selbständiger – Eine Mikroanalyse mit Daten des Sozioökonomischen Panels, in: Merz, J. and J. Wagner (Eds.), Perspektiven der Mittelstandsforschung – Ökonomische Analysen zu Selbständigkeit, Freien Berufen und KMU, Merz, J., Schulte, R. and J. Wagner (Series Eds.), Entrepreneurship, Professions, Small Business Economics, CREPS-Schriftenreihe Vol. 1, Lit Verlag, Münster, pp. 265-285, 2004  
**FFB-Reprint Nr. 31**
- Burgert, D. und J. Merz, Wer arbeitet wann? – Arbeitszeitarrangements von Selbständigen und abhängig Beschäftigten: Eine mikroökonomische Analyse deutscher Zeitbudgetdaten, in: Merz, J. and J. Wagner (Eds.), Perspektiven der Mittelstandsforschung – Ökonomische Analysen zu Selbständigkeit, Freien Berufen und KMU, Merz, J., Schulte, R. and J. Wagner (Series Eds.), Entrepreneurship, Professions, Small Business Economics, CREPS-Schriftenreihe Vol. 1, Lit Verlag, Münster, pp. 303-330, 2004  
**FFB-Reprint Nr. 30**
- Merz, J. und M. Zwick, Hohe Einkommen – Eine Verteilungsanalyse für Freie Berufe, Unternehmer und abhängige Beschäftigte, in: Merz, J. and M. Zwick (Eds.), MIKAS – Mikroanalysen und amtliche Statistik, Statistik und Wissenschaft, Vol. 1, pp. 167-193, 2004  
**FFB-Reprint Nr. 29**
- Merz, J., Schatz, C. and K. Kortmann, Mikrosimulation mit Verwaltungs- und Befragungsdaten am Beispiel ‚Altersvorsorge in Deutschland 1996‘ (AVID ’96), in: Merz, J. und M. Zwick (Hg.), MIKAS – Mikroanalysen und amtliche Statistik, Statistik und Wissenschaft, Vol. 1, S. 231-248, 2004  
**FFB-Reprint Nr. 28**
- Merz, J., Was fehlt in der EVS ? – Eine Verteilungsanalyse hoher Einkommen mit der verknüpften Einkommensteuerstatistik für Selbständige und abhängig Beschäftigte, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Vol. 223/1, p. 58-90, 2003  
**FFB-Reprint Nr. 27**
- Merz, J. und M. Zwick, Verteilungswirkungen der Steuerreform 2000/2005 im Vergleich zum ‚Karlsruher Entwurf‘ – Auswirkungen auf die Einkommensverteilung bei Selbständigen (Freie Berufe, Unternehmer) und abhängig Beschäftigte, in: Wirtschaft und Statistik, 8/2002, p. 729-740, 2002  
**FFB-Reprint Nr. 26**
- Merz, J., Time Use Research and Time Use Data – Actual Topics and New Frontiers, in: Ehling, M. and J. Merz (Eds.), Neue Technologien in der Umfrageforschung – Anwendungen bei der Erhebung von Zeitverwendung, p. 3-19, 2002  
**FFB-Reprint Nr. 25**
- Merz, J., 2002, Time and Economic Well-Being – A Panel Analysis of Desired versus Actual Working Hours, in: Review of Income and Wealth, Series 48, No. 3, p. 317-346, FFB-Reprint Nr. 24, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-Reprint Nr. 24**
- Schatz, Ch., Kortmann, K. und J. Merz, 2002, Künftige Alterseinkommen - Eine Mikrosimulationsstudie zur Entwicklung der Renten und Altersvorsorge in Deutschland (AVID’96), in: Schmollers Jahrbuch, Journal of Applied Social Sciences, Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 122. Jahrgang, Heft 2, S. 227-260, FFB-Reprint Nr. 23, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-Reprint Nr. 23**
- Merz, J. und M. Zwick, 2001, Über die Analyse hoher Einkommen mit der Einkommensteuerstatistik – Eine methodische Erläuterung zum Gutachten „Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung“ zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, in: Wirtschaft und Statistik 7/2001, S. 513-523, FFB-Reprint Nr. 22, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-Reprint Nr. 22**
- Merz, J., 2001, Was fehlt in der EVS? Eine Verknüpfung mit der Einkommensteuerstatistik für die Verteilungsanalyse hoher Einkommen, in: Becker, I., Ot, N. und G. Rolf (Hrsg.), Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft, S. 278-300, Campus Verlag, Frankfurt/New York, FFB-Reprint Nr. 21, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg  
**FFB-Reprint Nr. 21**
- Merz, J., 2001, 10 Jahre Forschungsinstitut Freie Berufe (FFB) der Universität Lüneburg – Forschungsschwerpunkte und Perspektiven, in: Bundesverband der Freien Berufe (Hrsg.), Jahrbuch 2000/2001, der freie beruf, S. 158-174, Bonn, FFB-Reprint Nr. 20, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-Reprint Nr. 20**

- Merz, J., 2000, The Distribution of Income of Self-employed, Entrepreneurs and Professions as Revealed from Micro Income Tax Statistics in Germany, in: Hauser, R. and I. Becker (eds.), The Personal Distribution of Income in an International Perspective, S. 99-128, Springer Verlag, Heidelberg, FFB-Reprint Nr.19, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-Reprint Nr. 19**
- Merz, J., 1998, Privatisierung, Deregulierung und staatlich gebundene Freie Berufe – Einige ökonomische Aspekte, in: Herrmann, H. und J. Backhaus (Hrsg.), Staatlich gebundene Freiberufe im Wandel, S. 67-114, FFB-Schriften Nr. 9, NOMOS Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, FFB-Reprint Nr. 18, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-Reprint Nr. 18**
- Merz, J., 1997, Die Freien Berufe – Laudatio zur Verleihung der Ehrendoktorwürde des Fachbereiches Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Lüneburg an Prof. J. F. Volrad Deneke, in: Bundesverband der Freien Berufe (Hrsg.), Jahrbuch 1997, der freie beruf, S. 133-151, Bonn, FFB-Reprint Nr. 17, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-Reprint Nr. 17**
- de Kam, C. A., de Haan, J., Giles, C., Manresa, A., Berenguer, E., Calonge, S., Merz, J. and K. Venkatarama, 1996, Who pays the taxes? The Distribution of Effective Tax Burdens in Four EU Countries, in: *ec Tax Review*, p. 175-188, FFB-Reprint No. 16, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-Reprint Nr. 16**
- Merz, J., 1996, MICSIM – A PC Microsimulation Model for Research and Teaching: A Brief View on its' Concept and Program Developments, *SoftStat '95 – Advances in Statistical Software 5*, in: Faulbaum, F. and W. Bandilla (eds.), Stuttgart, p. 433-442, FFB-Reprint No. 15, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-Reprint Nr. 15**
- Burkhauser, R. V., Smeeding, T. M. and J. Merz, 1996, Relative Inequality and Poverty in Germany and the United States using Alternative Equivalence Scales, in: *Review of Income and Wealth, Series 42, No. 4*, p. 381-400, FFB-Reprint No. 14, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-Reprint Nr. 14**
- Merz, J. 1996, Schattenwirtschaft und Arbeitsplatzbeschaffung, in: Sadowski, D. und K. Pull (Hrsg.), *Vorschläge jenseits der Lohnpolitik*, S. 266-294, Frankfurt/New York, FFB-Reprint Nr. 13, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-Reprint Nr. 13**
- Merz, J., 1996, MICSIM – Concept, Developments and Applications of a PC Microsimulation Model for Research and Teaching, in: Troitzsch, K. G., Mueller, U. Gilbert, G. N. and J. E. Doran (eds.), *Social Science Microsimulation*, p. 33-65, Berlin/New York, FFB-Reprint No. 12, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-Reprint Nr. 12**
- Merz, J., 1996, Market and Non-Market Labour Supply and the Impact of the Recent German Tax Reform – Incorporating Behavioural Response, in: Harding, A. (ed.), *Microsimulation and Public Policy*, p. 177-202, Amsterdam/Tokyo, FFB-Reprint No. 11, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-Reprint Nr. 11**
- Merz, J. und R. Lang, 1996, Alles eine Frage der Zeit!?! – Bericht über ein FFB-Forschungsprojekt zum Thema 'Zeitverwendung in Erwerbstätigkeit und Haushaltsproduktion – Dynamische Mikroanalysen mit Paneldaten', in: *Uni Lüneburg – 50 Jahre Hochschule in Lüneburg, Jubiläums-Sonderausgabe, Heft 19/Mai 1996*, S. 51-55, FFB-Reprint Nr. 10, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-Reprint Nr. 10**
- Merz, J. und D. Kirsten, 1996, Freie Berufe im Mikrozensus – Struktur, Einkommen und Einkommensverteilung in den neuen und alten Bundesländern, in: *BFB Bundesverband der Freien Berufe (Hrsg.), Jahrbuch 1996*, S. 40-79, Bonn, FFB-Reprint Nr. 9, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-Reprint Nr. 9**
- Deneke, J. F. V., 1995, Freie Berufe – Gestern, Heute, Morgen, in: *BFB Bundesverband der Freien Berufe (Hrsg.), Jahrbuch 1995*, S. 57-72, Bonn, FFB-Reprint Nr. 8, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-Reprint Nr. 8**
- Merz, J. and J. Faik, 1995, Equivalence Scales Based on Revealed Preference Consumption Expenditures – The Case of Germany, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Vol. 214, No. 4*, p. 425-447, Stuttgart, FFB-Reprint No. 7, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-Reprint Nr. 7**

- Merz, J., 1993, Statistik und Freie Berufe im Rahmen einer empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung, in: BFB Bundesverband der Freien Berufe (Hrsg.), Jahrbuch 1993, S. 31-78, Bonn, FFB-Reprint Nr. 6, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg **FFB-Reprint Nr. 6**
- Merz, J., 1993, Wandel in den Freien Berufen – Zum Forschungsbeitrag des Forschungsinsituts Freie Berufe (FFB) der Universität Lüneburg, in: BFB Bundesverband der Freien Berufe (Hrsg.), Jahrbuch 1993, S. 164-173, Bonn, FFB-Reprint Nr. 5, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 5**
- Merz, J. and K. G. Wolff, 1993, The Shadow Economy: Illicit Work and Household Production: A Microanalysis of West Germany, in: Review of Income and Wealth, Vol. 39, No. 2, p. 177-194, FFB-Reprint No. 4, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg **FFB-Reprint Nr. 4**
- Trautwein, H.-M. und A. Rönnau, 1993, Self-Regulation of the Medical Profession in Germany: A Survey, Faure, in: M., Finsinger, J., Siegers, J. und R. van den Bergh (eds.), Regulation of Profession, p. 249-305, ISBN 90-6215-334-8, MAKLU, Antwerpen, FFB-Reprint No. 3, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 3**
- Herrmann, H., 1993, Regulation of Attorneys in Germany: Legal Framework and Actual Tendencies of Deregulation, in: Faure, M., Finsinger, J., Siegers, J. und R. van den Bergh (eds.), Regulation of Profession, p. 225-245, ISBN 90-6215-334-8, MAKLU, Antwerpen, FFB-Reprint No. 2, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 2**
- Merz, J., 1991, Microsimulation – A Survey of Principles, Developments and Applications, in: International Journal of Forecasting 7, p. 77-104, ISBN 0169-2070-91, North-Holland, Amsterdam, FFB-Reprint Nr. 1, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Reprint Nr. 1**

## **5 FFB-Diskussionspapiere, ISSN 0942-2595**

- Merz, J. und Paic, P., 2005, Start-up success of freelancers – New microeconomic evidence from the German Socio-Economic Panel. FFB-Diskussionspapier Nr. 56, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 56**
- Merz, J. und Paic, P., 2005, Erfolgsfaktoren freiberuflicher Existenzgründung – Neue mikroökonomische Ergebnisse mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels, FFB-Diskussionspapier Nr. 55, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 55**
- Merz, J. und Stolze, H., 2005, Representative Time Use Data and Calibration of the American Time Use Studies 1965-1999, FFB-Diskussionspapier Nr. 54, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 54**
- Paic, P. und Brand, H., 2005, Die Freien Berufe im Sozio-ökonomischen Panel - Systematische Berichtigung der kritischen Wechsel innerhalb der Selbständigengruppe, FFB-Diskussionspapier Nr. 53, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 53**
- Merz, J., und Paic, P., 2005, Zum Einkommen der Freien Berufe – Eine Ordered Probit-Analyse ihrer Determinanten auf Basis der FFB-Onlineumfrage, FFB-Diskussionspapier Nr. 52, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 52**
- Burgert, D., 2005, Schwellenwerte im deutschen Kündigungsschutzrecht – Ein Beschäftigungshindernis für kleine Unternehmen?, FFB-Diskussionspapier Nr. 50, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 51**
- Merz, J., Böhm P. und Burgert D., 2005, Arbeitszeitarrangements und Einkommensverteilung – Ein Treatment Effects Ansatz der Einkommenschätzung für Unternehmer, Freiberufler und abhängig Beschäftigte, FFB-Diskussionspapier Nr. 50, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 50**
- Burgert, D., 2005, The Impact of German Job Protection Legislation on Job Creation in Small Establishments – An Application of the Regression Discontinuity Design, FFB-Diskussionspapier Nr. 49, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 49**
- Merz, J. und D. Burgert, 2005, Arbeitszeitarrangements – Neue Ergebnisse aus der nationalen Zeitbudgeterhebung 2001/02 im Zeitvergleich, FFB-Diskussionspapier Nr. 46, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 48**
- Merz, J., Böhm, P. und D. Burgert, 2005, Timing, Fragmentation of Work and Income Inequality – An Earnings Treatment Effects Approach, FFB-Diskussionspapier Nr. 47, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 47**

- Merz, J. und P. Paic, 2004, Existenzgründungen von Freiberuflern und Unternehmer – Eine Mikro analyse mit dem Sozio-ökonomischen Panel, FFB-Diskussionspapier Nr. 46, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 46**
- Merz, J. und D. Burgert, 2004, Wer arbeitet wann? Arbeitszeitarrangements von Selbständigen und abhängig Beschäftigten – Eine mikroökonomische Analyse deutscher Zeitbudgetdaten, FFB-Diskussionspapier Nr. 45, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 45**
- Hirschel, D. und J. Merz, 2004, Was erklärt hohe Arbeitseinkommen der Selbständigen – Eine Mikroanalyse mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels, FFB-Diskussionspapier Nr. 44, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 44**
- Ackermann, D., Merz, J. und H. Stolze, 2004, Erfolg und Erfolgsfaktoren freiberuflich tätiger Ärzte – Ergebnisse der FFB-Ärztebefragung für Niedersachsen, FFB-Diskussionspapier Nr. 43, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 43**
- Hirschel, D., 2003, Do high incomes reflect individual performance? The determinants of high incomes in Germany, FFB-Diskussionspapier Nr. 42, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 42**
- Merz, J., and D. Burgert, 2003, Working Hour Arrangements and Working Hours – A Microeconomic Analysis Based on German Time Diary Data, FFB-Diskussionspapier Nr. 41, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 41**
- Merz, J. und M. Zwick, 2002, Hohe Einkommen: Eine Verteilungsanalyse für Freie Berufe, Unternehmer und abhängig Beschäftigte, Eine Mikroanalyse auf der Basis der Einkommensteuerstatistik, FFB-Diskussionspapier Nr. 40, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 40**
- Merz, J., and D. Hirschel, 2003, The distribution and re-distribution of income of self-employed as freelancers and entrepreneurs in Europe, FFB-Diskussionspapier Nr. 39, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 39**
- Stolze, H. 2002, Datenbankgestützte Internetpräsenzen – Entwicklung und Realisation am Beispiel der Homepage des Forschungsinstituts Freie Berufe (FFB) der Universität Lüneburg <http://ffb.uni-lueneburg.de>, FFB-Diskussionspapier Nr. 38, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 38**
- Merz, J., 2002, Zur Kumulation von Haushaltsstichproben, FFB-Diskussionspapier Nr. 37, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 37**
- Merz, J., 2002, Reichtum in Deutschland: Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung – Eine Mikroanalyse mit der Einkommensteuerstatistik für Selbständige und abhängig Beschäftigte, FFB-Diskussionspapier Nr. 36, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 36**
- Merz, J. und M. Zwick, 2002, Verteilungswirkungen der Steuerreform 2000/2005 im Vergleich zum ,Karlsruher Entwurf Auswirkungen auf die Einkommensverteilung bei Selbständigen (Freie Beufe, Unternehmer und abhängig Beschäftigte), FFB-Diskussionspapier Nr. 35, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 35**
- Merz, J., Stolze, H. und M. Zwick, 2002, Professions, entrepreneurs, employees and the new German tax (cut) reform 2000 – A MICSIM microsimulation analysis of distributional impacts, FFB-Diskussionspapier Nr. 34, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 34**
- Forschungsinstitut Freie Berufe, 2002, Freie Berufe im Wandel der Märkte - 10 Jahre Forschungsinstitut Freie Berufe (FFB) der Universität Lüneburg, Empfang am 4. November 1999 im Rathaus zu Lüneburg, FFB-Diskussionspapier Nr. 33, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 33**
- Merz, J., 2002, Time Use Research and Time Use Data – Actual Topics and New Frontiers, FFB-Discussion Paper No. 32, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 32**

- Merz, J., 2001, Freie Berufe im Wandel der Arbeitsmärkte, FFB-Diskussionspapier Nr. 31, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 31**
- Merz, J., 2001, Was fehlt in der EVS? Eine Verteilungsanalyse hoher Einkommen mit der verknüpften Einkommensteuerstatistik für Selbständige und abhängig Beschäftigte, FFB-Diskussionspapier Nr. 30, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 30**
- Merz, J., 2001, Informationsfeld Zeitverwendung – Expertise für die Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik, FFB-Diskussionspapier Nr. 29, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 29**
- Schatz, C. und J. Merz, 2000, Die Rentenreform in der Diskussion – Ein Mikrosimulationsmodell für die Altersvorsorge in Deutschland (AVID-PTO), FFB-Diskussionspapier Nr. 28, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 28**
- Merz, J., 2000, The Distribution of Income of Self-employed, Entrepreneurs and Professions as Revealed from Micro Income Tax Statistics in Germany, FFB-Discussion Paper No. 27, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 27**
- Merz, J., Loest, O. und A. Simon, 1999, Existenzgründung – Wie werde ich selbständig, wie werde ich Freiberufler? Ein Leitfaden, FFB-Diskussionspapier Nr. 26, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 26**
- Merz, J. und D. Kirsten, 1998, Extended Income Inequality and Poverty Dynamics of Labour Market and Valued Household Activities – A Ten Years Panelanalysis for Professions, Entrepreneurs and Employees in Germany, FFB-Discussion Paper No. 25, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 25**
- Merz, J., Quiel, T., und K. Venkatarama, 1998, Wer bezahlt die Steuern? – Eine Untersuchung der Steuerbelastung und der Einkommenssituation für Freie und andere Berufe, FFB-Diskussionspapier Nr. 24, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 24**
- Merz, J. und R. Lang, 1997, Preferred vs. Actual Working Hours – A Ten Panel Econometric Analysis for Professions, Entrepreneurs and Employees in Germany, FFB-Discussion Paper No. 23, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 23**
- Merz, J., 1997, Privatisierung und Deregulierung und Freie und staatlich gebundene Freie Berufe – Einige ökonomische Aspekte, FFB-Diskussionspapier Nr. 22, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 22**
- de Kam, C. A., de Haan, J., Giles, C., Manresa, A., Berenguer, E., Calonge, S., Merz, J. and K. Venkatarama, 1996, The Distribution of Effective Tax Burdens in Four EU Countries, FFB-Discussion Paper No. 21, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 21**
- Deneke, J. F. V., 1996, Freie Berufe und Mittelstand – Festrede zur Verleihung der Ehrendoktorwürde, FFB-Diskussionspapier Nr. 20, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 20**
- Merz, J., 1996, Die Freien Berufe – Laudatio zur Verleihung der Ehrendoktorwürde des Fachbereiches Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Lüneburg an Prof. J. F. Volrad Deneke, FFB-Diskussionspapier Nr. 19, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 19**
- de Kam, C. A., de Haan, J., Giles, C., Manresa, A., Berenguer, E., Calonge, S. and J. Merz, 1996, Who pays the taxes?, FFB-Discussion Paper No. 18, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 18**
- Merz, J., 1996, Schattenwirtschaft und ihre Bedeutung für den Arbeitsmarkt, FFB-Diskussionspapier Nr. 17, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 17**

- Merz, J. und D. Kirsten, 1995, Freie Berufe im Mikrozensus II – Einkommen und Einkommensverteilung anhand der ersten Ergebnisse für die neuen und alten Bundesländer 1991, FFB-Diskussionspapier Nr. 16, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-DP Nr. 16**
- Merz, J. und D. Kirsten, 1995, Freie Berufe im Mikrozensus I – Struktur und quantitative Bedeutung anhand der ersten Ergebnisse für die neuen und alten Bundesländer 1991, FFB-Diskussionspapier Nr. 15, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-DP Nr. 15**
- Merz, J., 1995, MICSIM – Concept, Developments and Applications of a PC-Microsimulation Model for Research and Teaching, FFB-Discussion Paper No. 14, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-DP Nr. 14**
- Rönnau, A., 1995, Freie Berufe in der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und im wiedervereinten Deutschland: Auswertungen von Berufstätigenerhebung und Arbeitsstättenzählung, FFB-Diskussionspapier Nr. 13, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-DP Nr. 13**
- Burkhauser, R. V., Smeeding, T. M. and J. Merz, 1994, Relative Inequality and Poverty in Germany and the United States Using Alternative Equivalence Scales, FFB-Discussion Paper No. 12, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-DP Nr. 12**
- Widmaier, U., Niggemann, H. and J. Merz, 1994, What makes the Difference between Unsuccessful and Successful Firms in the German Mechanical Engineering Industry? A Microsimulation Approach Using Data from the NIFA-Panel, FFB-Discussion Paper No. 11, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-DP Nr. 11**
- Merz, J., 1994, Microdata Adjustment by the Minimum Information Loss Principle, FFB-Discussion Paper No. 10, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-DP Nr. 10**
- Merz, J., 1994, Microsimulation – A Survey of Methods and Applications for Analyzing Economic and Social Policy, FFB-Discussion Paper No. 9, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-DP Nr. 9**
- Merz, J., Garner, T., Smeeding, T. M., Faik, J. and D. Johnson, 1994, Two Scales, One Methodology – Expenditure Based Equivalence Scales for the United States and Germany, FFB-Discussion Paper No. 8, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-DP Nr. 8**
- Krickhahn, T., 1993, Lobbyismus und Mittelstand: Zur Identifikation der Interessenverbände des Mittelstands in der Bundesrepublik Deutschland, FFB-Diskussionspapier Nr. 7, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-DP Nr. 7**
- Merz, J., 1993, Market and Non-Market Labor Supply and Recent German Tax Reform Impacts – Behavioral Response in a Combined Dynamic and Static Microsimulation Model, FFB-Discussion Paper No. 6, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 6**
- Merz, J., 1993, Microsimulation as an Instrument to Evaluate Economic and Social Programmes, FFB-Discussion Paper No. 5, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-DP Nr. 5**
- Merz, J., 1993, Statistik und Freie Berufe im Rahmen einer empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung, Antrittsvorlesung im Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Lüneburg, FFB-Diskussionspapier Nr. 4, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-DP Nr. 4**
- Merz, J. and J. Faik, 1992, Equivalence Scales Based on Revealed Preference Consumption Expenditure Microdata – The Case of West Germany, FFB-Discussion Paper No. 3, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg.  
**FFB-DP Nr. 3**
- Merz, J., 1992, Time Use Dynamics in Paid Work and Household Activities of Married Women – A Panel Analysis with Household Information and Regional Labour Demand, FFB-Discussion Paper No. 2, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 2**



Forschungsinstitut Freie Berufe, 1992, Festliche Einweihung des Forschungsinstituts Freie Berufe am 16. Dezember 1991 im Rathaus zu Lüneburg, FFB-Diskussionspapier Nr. 1, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-DP Nr. 1**

## **6 FFB-Dokumentationen, ISSN 1615-0376**

Merz, J. und P. Paic, 2005, Die FFB-Onlineumfrage Freie Berufe – Beschreibung und Hochrechnung, FFB-Dokumentation Nr. 12, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 12**

Stolze, H., 2004, Der FFB-Server mit Microsoft Windows Server 2003, FFB-Dokumentation Nr. 11, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 11**

Stolze, H., 2004, Zur Repräsentativität der FFB-Ärzteumfrage – Neue Hochrechnungen für Niedersachsen, Nordrhein und Deutschland, FFB-Dokumentation Nr. 10, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 10**

Merz, J., Stolze, H. und S. Imme, 2001, ADJUST FOR WINDOWS – A Program Package to Adjust Microdata by the Minimum Information Loss Principle, Program-Manual, FFB-Dokumentation No. 9, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 9**

Merz, J., Fink, F., Plönnigs, F. und T. Seewald, 1999, Forschungsnetz Zeitverwendung – Research Network on Time Use (RNTU), FFB-Dokumentation Nr. 8, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 8**

Merz, J., 1997, Zeitverwendung in Erwerbstätigkeit und Haushaltsproduktion – Dynamische Mikroanalysen mit Paneldaten, DFG-Endbericht, FFB-Dokumentation Nr. 7, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 7**

Merz, J. und F. Plönnigs, 1997, DISTRI/MICSIM – A Softwaretool for Microsimulation Models and Analyses of Distribution, FFB-Dokumentation No. 6, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 6**

Merz, J. und R. Lang, 1997, Neue Hochrechnung der Freien Berufe und Selbständigen im Sozio-ökonomischen Panel, FFB-Dokumentation Nr. 5, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 5**

Merz, J. und F. Plönnigs, 1995, Forschungsinstitut Freie Berufe – Datenschutz und Datensicherung, FFB-Dokumentation Nr. 4, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 4**

Merz, J., Hecker, M., Matusall, V. und H. Wiese, 1994, Forschungsinstitut Freie Berufe – EDV-Handbuch, FFB-Dokumentation Nr. 3, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 3**

Merz, J., 1993, Zeitverwendung in Erwerbstätigkeit und Haushaltsproduktion – Dynamische Mikroanalysen mit Paneldaten, DFG-Zwischenbericht für die erste Phase (1992-1993), FFB-Dokumentation Nr. 2, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 2**

Merz, J. 1993, ADJUST – Ein Programmpaket zur Hochrechnung von Mikrodaten nach dem Prinzip des minimalen Informationsverlustes, Programm-Handbuch, FFB-Dokumentation Nr. 1, Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 1**

Available also in English as:

Merz, J., 1994, ADJUST – A Program Package to Adjust Microdata by the Minimum Information Loss Principle, Program-Manual, FFB-Dokumentation No. 1e, Department of Economics and Social Sciences, University of Lüneburg, Lüneburg. **FFB-Dok. Nr. 1e**

## **7 Sonstige Arbeitsberichte, ISSN 0175-7275**

Matusall, V., Kremers, H. und G. Behling, 1992, Umweltdatenbanken – vom Konzept zum Schema, Arbeitsbericht Nr. 112, Universität Lüneburg, Lüneburg. Mikrosimulation in der Steuerpolitik, 279 Seiten, Springer Verlag, ISBN 3-7908-0611-0, Berlin. *Preis: € 6,-*

- Rönnau, A., 1989, Freie Berufe in Niedersachsen – Numerische und wirtschaftliche Entwicklung; Bedeutung als Arbeitgeber, Arbeitsbericht Nr. 60, Universität Lüneburg, Lüneburg. Mikrosimulation in der Steuerpolitik, 279 Seiten, Springer Verlag Berlin, ISBN 3-7908-0611-0, Berlin. *Preis: € 6,-*
- Sahner, H., 1989, Freie Berufe im Wandel, Arbeitsbericht Nr. 59, Universität Lüneburg, Lüneburg. Mikrosimulation in der Steuerpolitik, 279 Seiten, Springer Verlag, ISBN 3-7908-0611-0, Berlin. *Preis: € 6,-*
- Sahner, H., 1988, Die Interessenverbände in der Bundesrepublik Deutschland – Ein Klassifikationssystem zu ihrer Erfassung, Arbeitsbericht Nr. 41, Universität Lüneburg, Lüneburg. Mikrosimulation in der Steuerpolitik, 279 Seiten, Springer Verlag, ISBN 3-7908-0611-0, Berlin. *Preis: € 6,-*